



Streikwelle: Auch 80 Beschäftigte der Früh- und Tagesschicht standen am 21. Februar vorm Tor der Axel-Springer Druckerei in Berlin Spandau. »Fünf Prozent!« signalisieren ihre ausgestreckten Hände. Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de

INHALT

SEITE 3

Bühnenservice-Azubis in der Mediengalerie: Ein Nashorn und andere Hingucker

SEITE 6

Das Fell des Bären wird verteilt: Beteiligung an Kinoerlösen

MITTELSEITEN

Die im Dunkeln sieht man nicht. Armutsjob Zeitungszusteller

SEITE 12

Zitterpartie: Die Kultur GmbH MOL wird liquidiert

SEITE 14

Der Herr der Bücherschätze

WIR HABEN MEHR ALS MINIANGEBOTE VERDIENT!

Kein tarifliches Minusgeschäft mit den Druckereibeschäftigten

Bundesweite Streikwelle in der Druckindustrie, in Verlagen und Zeitungsredaktionen: Ein starkes und wahrnehmbares Signal für spürbare Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen setzten auch die Berliner Drucker der Axel-Springer-Druckerei in Spandau. Die rund 80 Beschäftigten der Früh- und Tagesschicht versammelten sich am 21. Februar vor dem Werktor und machten, wie Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, klar: »Ein tarifliches Minusgeschäft wird es mit uns nicht geben. Wir sind mehr wert!«

Im Spandauer Druckhaus werden u.a. Bild, Welt, BZ und Tagesspiegel gedruckt – an diesem Tag »mit erheblichen Einschränkungen«, wie Andreas Köhn, ver.di-Fachbereichs-

leiter Medien, konstatierte. Bis dato waren Tarifverhandlungen – die für die Druckindustrie am 12. März und am 20. März fortgesetzt werden – ergebnislos verlaufen. »Die Arbeitgeber haben für die Beschäftigten der Verlage und in der Druckindustrie nur unzureichende Angebote vorgelegt, die aus ver.di-Sicht nach Jahren des Reallohnverlusts und Zugeständnissen bei den Arbeitsbedingungen inakzeptabel sind«, kommentierte Andreas Köhn. Der Druck-Arbeitgeberverband bvdm hatte lediglich eine Einmalzahlung von 400 Euro für 2014 und magere 1,8 Prozent für 2015 angeboten. Die ver.di-Tarifkommission für die Druckindustrie hatte dagegen im November vergangenen Jahres bereits eine Forderung von 5,5 Prozent beschlossen.

Mit den Warnstreiks und den be-

gleitenden Protestaktionen machten die Beschäftigten deutlich, dass sie mehr verdient haben als das Mini-Angebot des bvdm. »Sie wollen sich nicht weiter von der allgemeinen Lohnentwicklung in Deutschland abkoppeln lassen. Denn Preise für Lebensmittel, Wohnen und Verkehr steigen beständig an, während Einkommen in der Druckindustrie deutlich hinterherhinken«, erklärte Köhn. »Damit muss unverzüglich Schluss sein!«

STARK-BESCHÄFTIGTE IN DER HÄNGEPARTIE

Draußen vor der Tür in Berlin-Spandau standen am ersten und am dritten März auch 119 Leihbeschäftigte der Firma Stark Holding GmbH.

Sie sorgten bislang im Druckhaus mit dafür, dass hier Qualität produziert wird. Nach 21 Jahren Zusammenarbeit mit dem in Bremen ansässigen Leiharbeiterunternehmen – und nach erfolgreichen Aktionen der Berliner Stark-Beschäftigten für einen Tarifvertrag mit 8,50 Euro Stundenlohn – hatte die Springer AG den Vertrag gekündigt (Sprachrohr berichtete). Dem neuen – billigeren – Werkvertragsnehmer TABEL haben die Springer-Leihbeschäftigten ihre Arbeitskraft angeboten. Ihnen wurde der Zugang zur Druckerei verweigert. Weder gab es Gespräche mit einem TABEL- noch einem Druckhaus-Vertreter.

ver.di und auch die Stark Holding wollen, dass ein Wechsel zu TABEL als Betriebsübergang nach § 613 BGB vonstatten geht, was TABEL bislang ablehnte. Der neue Vertragspartner wurde zu Verhandlungen über einen Sozial- und Überleitungsvertrag und geregelte Mindestarbeitsbedingungen aufgefordert. Noch, so heißt es von ver.di-Seite, seien ein geregelter Betriebsübergang und die Konditionen unklar.

BETTINA ERDMANN

Wenn Geschäftsmodelle nicht funktionieren, suchen Unternehmen nach Lösungen. Doch anstatt das eigene unternehmerische Handeln zu korrigieren, wälzen Arbeitgeber die Lasten nicht selten auf die Beschäftigten ab. Das Schiff fährt auf Schlingerkurs, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben auf der Strecke. Immer wieder greift auch das Sprachrohr solche Beispiele auf. Zu den aktuellen zählt die SPD-Parteizeitung Vorwärts.

Seit Herbst 2013 verhandelt ver.di mit der Geschäftsführung über einen Tarifvertrag für die ca. 35 Arbeitnehmer der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH und ihrer Tochterunternehmen. Bislang liegen die Monatsgehälter von einem Drittel der Beschäftigten drei-, teilweise vierstellig unter Tarif. Die Geschäftsführung weigert sich allerdings, tarifliche Verpflichtungen einzugehen und branchenübliche Gehälter für Journalistinnen, Redakteure und Verlagsangestellte in der Zeitschriftenbranche zu zahlen. Der SPD-Verlag argumentiert, dass die wirtschaftliche Situation keine Tariflöhne erlaube. Zahlen aber bleiben unter der Decke. Verlag, Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) und SPD hüllen sich gegenüber Parteimitgliedern

und Öffentlichkeit in Schweigen. Fakten jedoch, die ver.di vorliegen, sprechen eine deutliche Sprache: Das Geschäftsmodell funktioniert nicht und wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Wie ist der Verlag in Schieflage gekommen? Der SPD-Parteivorstand

ge sollen über Anzeigenerlöse abgewickelt werden, was der Markt aber schlicht nicht hergibt. Zur Konsolidierung plant die Geschäftsführung eiligst Umstrukturierungen und agiert durchaus erfinderisch, wenn auch wenig verlegerisch. Beschäftigte wurden bereits in die Agentur net-

Kündigungen schweben im Raum. Die Geschäftsführung ergeht sich in Andeutungen. Das ver.di-Angebot eines Sanierungstarifvertrages wurde ignoriert. Man wolle abwarten. Abwarten, was die DDVG entscheidet. Abwarten, bis die neue SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und der neue Schatzmeister Dietmar Nietan Position beziehen. Vorgänger ver.di jede Verantwortung für ihre Parteizeitung und Gespräche darüber ab.

Zwar postulierte die ausgeschiedene Schatzmeisterin Barbara Hendricks im März 2013 in der FAZ: »Die Menschen können ruhig wahrnehmen, dass wir Sozis mit Geld umgehen können.« Zu fragen ist allerdings: Können sie es auch mit ihren Beschäftigten? Dass die MacherInnen der Parteizeitung unter Tarif bezahlt sind und betriebsbedingte Kündigungen geplant werden, spricht eine andere Sprache, zeugt von anderer Politik. ver.di erwartet von der SPD und ihrer DDVG, dass sie Verantwortung für die Beschäftigten der Parteizeitung und ihrer Tochterunternehmen übernehmen. Geschäftsmodelle funktionieren nicht zu Lasten der Beschäftigten. Auch und gerade einer (Volks)Partei sollte das einleuchten.

AUF EIN WORT

SPD-ZEITUNG – SCHIFF AUF SCHLINGERKURS



Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

JÖRG REICHEL, VER.DI SEKRETÄR
FACHGRUPPE VERLAGE, DRUCK UND PAPIER

»bestellt« Veranstaltungen, Agenturleistungen und Zeitschriften in dem Wissen, dass sich diese nicht durch Mitgliedsbeiträge, Abos, Kioskverkauf, Anzeigenerlöse und Sponsoring tragen. Deckungsbeiträ-

work media GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Verlages, verschoben. Man trennt sich von Freien. Geplant ist, Erscheinungsweisen der Printprodukte Demo und Vorwärts einzudampfen.

BUCHTIPP

DIETER HILDEBRANDT/
PETER ENSIKAT
WIE HABEN WIR
GELACHT
AUFBAU VERLAG 2013

Ein Buch aus einem Dialog. Zwei Männer unterhalten sich, zwei, die der gleiche Beruf zusammen geführt hat, der des Kabarettisten. Als es noch zwei deutsche Länder gab und unterschiedliche Bühnen, auf denen sie spielten. Doch Ensikat benennt präzise eine Gemeinsamkeit: Nestbeschmutzer. Hier sprechen zwei Freunde miteinander, vereint durch die gleiche Sprache, aber getrennt durch eine Grenze. Allerdings auch unterschieden im Alter: H., der Ältere wurde als Gymnasiast Soldat der Kinderarmee Wenck, einer, der das Ende des Krieges geradezu euphorisch erlebte. E. dagegen, gerade vier Jahre alt, lebte in Finsterwalde, als

die gefürchteten Russen einzogen. Die Wege zum Kabarett als Beruf waren verschieden: H. musste sich sein Studium nebenher finanzieren und war im Münchner Kabarett »Die kleine Freiheit« Platzanweiser. Von wo sein Weg zur Gründung »Die Namenlosen« führte in einer Zeit, als in Bayern überwiegend alte Nazigrößen das öffentliche Leben bestimmten. Gemeinsam mit Freunden brachte er es bis zur »Lach- und Schießgesellschaft« und »Scheibenwischer«, in beiden Deutschlands wohlbekannt.

E. konnte sein Studium an der Theaterhochschule mit Stipendium absolvieren. Peter Sodann stieß ihn an, einen ersten Text für das Studentenkabarett »Rat der Spötter« zu schreiben, und mit großer Naivität entging er dem Schicksal der anderen, verhaftet zu werden. Nach diesem Willkür-Erlebnis scheint es erstaunlich, dass er, obwohl erfolgreich als Kindertheaterautor, dennoch über Jahrzehnte mit Wolfgang Schaller Texte für Kabarett geschrieben hat. In der DDR war dies ein hartes Brot unter dem Zwang zur »positiven Satire«. Den Zensor gab es leibhaftig. Aber der Reiz bestand darin, dass sich ein geheimes Verständnis zwischen Büh-

ne und Publikum ausbildete, von dem E. meint, dass dies das Kabarett systemkritischer machte, als es heute der Fall ist.

Wenn man sich sein Leben in zwei deutschen Staaten erzählt, muss man zwangsläufig über die Mauer reden. Das füllt ein Kapitel, wobei sie sich einig sind, dass diese, obwohl vom Osten gebaut, ein gesamtdeutsches Bauwerk war, im Interesse beider Parteien des Kalten Krieges. In dieser Atmosphäre spielte Hildebrandts Truppe im eingesperrten Westberlin ein in Eile geschriebenes Programm. Im Osten kam dagegen kein ungenehmigtes Wort über die Rampe. Zwei Jahre, berichtet Ensikat, haben Schaller und er im Schnitt gebraucht, um ein Stück auf die Bühne zu bringen. Die Mauer musste erst gefallen sein, um auszuprobieren.

Freilich war diese Zeit nicht nur Aufatmen. H. meint, dass die Einheit eine ziemlich schmerzhaft Umarmung für den Osten gewesen sei: »Mit der Treuhand kamen jetzt alle unsere Glücksritter in den dummen Osten«. Sein Programm hieß »Feindliche Übernahme«. Die Freiheit ohne Zensor zu spielen, brachte im Osten zugleich den Verlust der sozialen Si-

cherheit. Dennoch findet E., der der DDR-Politik kritisch gegenüber stand, die Zeit ihres Zusammenbruchs sei die spannendste seines Lebens gewesen. Und die Zeit für Satire überhaupt. – Woraufhin H. einwirft, das alle Zeiten für Satire gut sind.

Bei aller Ernsthaftigkeit ist es ein unterhaltsames Buch. Denn zwei geistreiche Männer reden mit- und übereinander. Der Reiz liegt auch darin, dass sie trotz unterschiedlicher Herkunft zu gleicher Ansicht der politischen Verhältnisse kommen. Was nicht heißt, dass es keinen Dissens gäbe. Doch stets wird er beigelegt mit Ironie. Zwei werfen sich die Sätze wie Bälle zu. »E: Je schlechter das Gedächtnis, desto schöner die Erinnerungen. H: Das ist ein sehr schöner Satz. Ist der von dir? E: Ist von mir. H: Den würde ich gern mal zitieren. E: Gerne.« – Diese beiden, zu den wichtigsten Kabarettisten zählend, sind gestorben. Ihre Tode haben Lücken gerissen, in die immer mehr Comedy drängt – wer spürt nicht den Verlust an geistreichen Pointen?

ANNEMARIE GÖRNE

Dieter Hildebrandt/ Peter Ensikat: *Wie haben wir gelacht. Ansichten zweier Clowns.* Aufbau Verlag Berlin, 214 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 978-3-351-02760-5.

Das Nashorn war Besucherliebling

Azubis vom Bühnenservice mit handwerklicher Präzision in der MedienGalerie



„Bitte nicht anfassen!“ Nicht alle konnten der Versuchung widerstehen.

Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Mit Leidenschaft und für die Kunst – so präsentierten sich die Auszubildenden zusammen mit ihren Ausbildern vom Bühnenservice Berlin von Ende Januar bis Anfang März in der MedienGalerie. Als die Stiftung Oper in Berlin am 1. Januar 2004 aus der Taufe gehoben wurde, verband sich damit auch das Konzept, die bis dahin an fünf Orten arbeitenden Bühnenwerkstätten zusammenzuführen. Ein ehrgeiziger Plan, der am Mehringplatz bis Ende 2010 realisiert wurde. Strukturveränderungen, Neubau, Umzug, Einzug, alles bei laufender Produktion – das ging nicht ohne Blessuren in unterschiedlicher Größenordnung vor sich. Auch das Sprachrohr berichtete. Längst ist der Bühnenservice am Wriezener

Bahnhof angekommen. Hier werden nun die Kostüme und die Bühnendekoration für drei Berliner Opernhäuser und das Staatsballett angefertigt, aber auch für das Deutsche Theater oder den Friedrichstadtpalast. Darüber hinaus lassen das Maxim Gorki Theater mit separater Kostümabteilung und Dekorationswerk-

SIEBEN BERUFE, 30 LEHRSTELLEN

statt sowie das Theater an der Parkaue an diesem Standort arbeiten. Der »größte Theaterdienstleister in Deutschland« verbindet auf 25.000 qm mit mehr als 250 Beschäftigten

handwerkliche Präzision mit modernen Fertigungsmethoden.

Diese Präzision ließ sich in der Ausstellung in den sieben Berufen, für die die Werkstätten rund 30 Lehrstellen anbieten, bis ins Detail nachvollziehen. Damen- und Herrenschneider/innen lernen die Fertigung von den Grundsticharten über die Herstellung von Rüschen, Krawatten und Kummerbündeln bis hin zu Sakos und Abendkleidern. Jeder konnte nicht nur die von den Schuhmachern fertiggestellten Schuhe von der Decke baumeln sehen, sondern auch die Herstellung vom Leisten über den Schaft, die Korkausballung bis zur Befestigung mit Zwickstiften verfolgen. Die Tischler/innen brachten eine Hobelbank mit, zeigten

wunderbare Intarsienarbeiten und führten anhand eines Schubladenschrankes die Variationen von Schubladenzügen vor. Von den Bühnenplastiker/innen wurde neben Reliefs vor allem das in Lebensgröße aufgestellte, echt aussehende Nashorn zum Besucherliebling. Abends, wenn in den Räumen Licht brennt, blieben nicht wenige Passanten vor den leuchtenden, großflächigen Bildern, die die jungen Theatermaler/innen kreiert haben – nach Vorlagen von Guericault über Spitzweg bis hin zu Dennis Hopper.

Zur Eröffnung sprachen Rolf Suhl, Geschäftsführer des Bühnenservice Berlin, und Toni Winter, Leiterin der Hutabteilung und Initiatorin dieser Ausstellung, über Schwierigkeiten, bei gekürzten Senatszuschüssen die Zahl der Ausbildungsplätze wenigstens annähernd zu halten. Gerade der Blick auf die Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Notwendigkeit, die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen in diesen theaterspezifischen Berufen weiterzugeben, verstärken die Verantwortung für Erhalt und Umfang der Ausbildung. Die Bewerbungen übersteigen jedes Jahr um ein Vielfaches die angebotenen Stellen. Kein Wunder angesichts des Engagements der Ausbilderinnen und Ausbilder, der Möglichkeiten, die die auszuführenden Arbeiten zum kreativen Lernen bieten. Und selbst, wenn man nicht übernommen wird, besteht dennoch die Hoffnung, mit einer solch hochwertigen Ausbildung einen qualifizierten Arbeitsplatz finden zu können. Nicht wenige der Bühnenservice-Azubis erlangen nach ihrer erfolgreichen Abschlussprüfung einen Titel als Bundes- oder Landesieger. **CONSTANZE LINDEMANN**

GLÜCKWUNSCH

Mutige Fotografen

Sprachrohr gratuliert den chilenischen Fotografen Santiago Oyarzo Pérez, José Giribas und Oscar Navarro Pereira, die in ihrem Heimatland für ihr Engagement während der Diktatur ausgezeichnet wurden. Ihre unter illegalen Bedingungen entstandenen eindrucksvollen fotografischen Dokumente des chilenischen Alltags waren im November und Dezember 2013 in der MedienGalerie zu sehen und fanden große Resonanz (Sprachrohr berichtete). **RED**

PIN MAIL AG MIT TARIFVERTRAG

Noch vor Weihnachten wurde der Erfolg erstrickt: Die PIN Mail AG hat seit 1. Januar einen Entgelt- und einen Manteltarifvertrag. Die Bruttolöhne der rund 1.000 Beschäftigten steigen in zwei Schritten um 9,3 Prozent. Mit dem Januargehalt erhielten sie eine Einmalzahlung von 550 Euro. Einen Tag vor Abschluss hatte der Vorstandsvorsitzende Axel Stirl den Streikenden zugerufen: »Ihr könnt streiken, solange Ihr wollt, einen Tarifvertrag wird es mit mir nicht geben!« Später zollte er den Beschäftigten hohen Respekt. Ausschlaggebend für die Kehrtwende dürfte auch das Verlieren von Kunden gewesen sein. Die Linkspartei war bereits wegen der Praktiken des Unternehmens abgesprungen. ver.di-Verhandlungsführer Roland Tremper meinte, dass auch der Berliner Senat mit seiner Behördenpost als größter Auftraggeber Druck auf die PIN AG gemacht habe.



Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Orga-Wahlen auf einen Blick

Mitmachen: Termine notieren, hingehen, wählen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch technische Probleme bei der Auslieferung und Zustellung gelangte das letzte Sprachrohr Nr. 5/2013 nicht an alle Berliner ver.di-Mitglieder des Fachbereichs 8. Die Sprachrohr-Redaktion bedauert das und bittet um Entschuldigung. Damit alle über die wichtigen Termine im Wahljahr der Organisation informiert sind, veröffentlichen wir noch einmal die aktualisierte Übersicht.

Organisationwahlen – alle vier Jahre neu! Sie beginnen 2014 mit den Mitgliederversammlungen und enden mit dem 4. ver.di-Bundeskongress vom 20. bis 26. September 2015 in Berlin. Die Termine der im Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg stattfindenden Mitgliederversammlungen gibt's hier auf einen Blick. Liebe Kolleginnen und Kollegen, notiert den Termin und meldet Euch unbedingt bis zwei Wochen zuvor unter Angabe der jeweiligen Versammlung, des Datums und Eurer ver.di Mitgliedsnummer per Mail, Fax oder Post an! Diese Angaben werden zur Vorbereitung – so für das Bereitstellen der Unterlagen, zur Prüfung der Mitgliedschaft und für die Pausenversorgung – benötigt.

TERMINE MITGLIEDER- VERSAMMLUNGEN 2014

Fachgruppe Bildende Kunst

9. April 2014, 17.00 Uhr
Ort: Landesbezirk
E-Mail: christine.obst@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Verband deutscher Schriftsteller Brandenburg

19. Mai 2014,
14.00 Uhr, Ort: Stadt- und Landesbibliothek Potsdam
E-Mail: christine.obst@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Verband deutscher Schriftsteller Berlin

25. Juni 2014, 17.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: christine.obst@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Fachgruppe Musik

Lehrkräfte an Musikschulen, selbstständige Musiklehrer/innen, Musikwissenschaftler/innen, Komponist/innen, Solist/innen, Ensemblemitglieder von Orchestern, Kapellen, Kurkapellen und Bands, Erwerbslose, Senioren
20. Juni 2014, 10.00 Uhr
Ort: Landesbezirk
E-Mail: christine.obst@verdi.de
Fax: 030/8866-5934



Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

Fachgruppe Theater und Bühnen, Darstellende Kunst und kulturelle Einrichtungen

An Theatern und Bühnen, in kulturellen Einrichtungen als künstlerische oder technische Mitarbeiter/innen bzw. in der Verwaltung Beschäftigte, Freie, Selbständige, Auszubildende in diesen Bereichen, Erwerbslose, Senioren
26. Mai 2014, 16.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: georgia.weiland@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Fachgruppe Industrie

Beschäftigte in der Metall-, Chemie- und weiteren Industrie sowie öffentlich bestellte Vermessungsingenieur/innen und Augenoptiker/innen, Erwerbslose, Senioren
13. Mai 2014, 17.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: georgia.weiland@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Fachgruppe Verlage, Druck und Papier

Beschäftigte in Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen (außer Redakteure), in der Druckindustrie und der

Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie, Zeitungszusteller/innen, Erwerbslose, Senioren
28. Juni 2014, 9.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: karla.kanter@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

dju/Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union

In Wort, Bild, Ton, Layout, Dokumentation oder Archiv hauptberuflich journalistisch Arbeitende oder Auszubildende – bei Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigenblättern, in audiovisuellen Medien (außer öffentlich-rechtlicher Rundfunk), in Nachrichtenagenturen und Pressestellen, auch hauptberuflich freie Journalist/innen, Fotograf/innen, Publizist/innen und Karikaturist/innen sowie Studierende von Journalistik, Publizistik, Kommunikationswissenschaften und Grafikdesign, deren Studium auf einen journalistischen Beruf zielt, Erwerbslose, Senioren
9. August 2014, 11.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: christine.obst@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Öffentlich-rechtliche Senderverbände
Beschäftigte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, einschließlich Redakteur/innen sowie freie Journalist/innen und Senioren

27. Mai 2014,
Zeit und Ort noch offen
E-Mail: georgia.weiland@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

POEM/privatwirtschaftlich organisierte elektronische Medien

Beschäftigte und Freie/Selbständige aus kommerziellen Hörfunk- und Fernsehsendern sowie nichtkommerziellen Hörfunk- und Fernsehangebietern, AV-Dienstleistern und neuen Medien (außer Redakteure), Erwerbslose, Senioren

17. Juni 2014, 18.00 Uhr
Ort: Landesbezirk
E-Mail: kathlen.eggerling@connex-av.de
Fax: 030/8866-5934

Personengruppe Frauen

19. Mai 2014, 15.00 Uhr
Ort: Bundesverwaltung
E-Mail: georgia.weiland@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

Personengruppe Senioren

24. März 2014, 11.00 Uhr
Ort: Landesbezirk
E-Mail: karla.kanter@verdi.de
Fax: 030/8866-5934

**Postalische Anmeldungen an:
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Fachbereich 8, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin**

Mustertagesordnung Mitgliederversammlungen

- TOP 1 Begrüßung
- TOP 2 Wahl der Tagesleitung/ggf. Mandatsprüfungskommission
- TOP 3 Beschluss über die Tagesordnung/ggf. Geschäftsordnung
- TOP 4 Bericht des Vorstandes
- TOP 5 Aussprache/Diskussion
- TOP 6 Entlastung des Vorstandes
- TOP 7 Wahlen
- TOP 7.1. Vorstand
- TOP 7.2. Delegierte für die Konferenzen
- TOP 7.3. Vertreter in Tarifkommissionen bzw. Ausschüssen
- TOP 7.4. Nominierung der Vertreter im Landesfachbereichsvorstand
- Top 8. Antragsberatung und Beschlüsse
- TOP 9 Verschiedenes

Durchbruch für DS Smith Packaging

Flächentarifvertrag Papierverarbeitung schrittweise in fünf Jahren

Mitgliederstärke schafft Respekt und bringt Erfolge: Der Tarifvertrag für die rund 110 Beschäftigten des Berliner Werks der DS Smith Packaging Deutschland Stiftung & Co. KG steht. Am 1. Mai soll das Tarifwerk in Kraft treten und die Neukölnener Belegschaft binnen fünf Jahren stufenweise auf das Niveau des Flächentarifvertrags Papierverarbeitung bringen – das gilt in der Branche als kleine Revolution.

Seit 2010 ist Michael Kehrberg Vorsitzender des siebenköpfigen Betriebsrats bei DS Smith in Berlin. Seitdem haben der 42-jährige Maschinenführer und sein Team viel er-

reicht. Von damals fünf Kollegen ist jetzt rund die Hälfte der Belegschaft ver.di-Mitglied. Darüber hatte der Betriebsrat die Geschäftsführung bei passender Gelegenheit informiert und konnte so Druck aufbauen. 2012 hatten die ersten Aktionen für die Durchsetzung von Tarifregelungen für Unruhe gesorgt, ein Jahr später stand die klare Forderung nach einem Tarifvertrag.

Die Geschäftsführung unternahm noch einen Versuch, eine Betriebsvereinbarung zu verhandeln. Doch darauf ließen sich Betriebsrat und Belegschaft nicht ein. Konsequentermaßen standen sie für ihr Ziel: die Anwen-

dung des Flächentarifvertrags Papierverarbeitung! Nach der vierten Verhandlungsrunde und der Androhung von Streiks lenkte die Geschäftsfüh-

TARIFBINDUNG AUCH FÜR LEIHARBEITER

rung ein und legte den Tarifvertragsentwurf vor, der noch vor Weihnachten 2013 durch die Tarifkommission und die ver.di-Mitglieder befürwortet wurde. Die Angleichung an den Flächentarifvertrag Papierverarbeitung soll in gleichmäßigen Schritten bis

2018 erfolgen, z.B. bei der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, dem Weihnachtsgeld und den Zuschlägen, beim Stundenlohn von ca. 12 auf 15 Euro. Für Leiharbeiter/innen – permanent sind es 4 bis 5, in Spitzenzeiten bis zu 20 – soll die Tarifbindung ebenfalls gelten. Damit verschwindet der Anreiz für das Unternehmen, Leiharbeiter als billige Lückenbüller zu missbrauchen.

Michael Kehrberg und sein Team haben sich als Betriebsrat am 13. März geschlossen wieder zur Wahl gestellt. Sie wollen sich dafür einsetzen, dass die im Tarifvertrag vereinbarten Schritte eingehalten werden und der Anteil der ver.di-Mitglieder im Betrieb weiter wächst. Denn – so sind sie sich einig: Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit lassen sich nicht wirklich trennen. **G. LASCH**

MELDUNGEN

Bei dpa 5,5 Prozent mehr gefordert

Mit der Forderung nach 5,5 Prozent mehr Geld, dem Fortbestand des Manteltarifs und der Angleichung in den Tochterunternehmen sind die Gewerkschaften im Februar in die Tarifverhandlungen mit der dpa GmbH gestartet. Für die Gehaltsforderungen hat sich in einer Umfrage die Mehrzahl der Beschäftigten ausgesprochen, verbunden mit der Bereitschaft, sich dafür einzusetzen. Verschlechterungen würden zu massivem Widerstand führen. Die Geschäftsführung strebt dagegen Absenkungen an. Am 27. März wird weiterverhandelt.



Berechtigte Gehaltsforderungen in den Redaktionen

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

werden. Bestehende Gehaltshöhen sollen mit kommenden Tarifierhöhungen verrechnet werden. Die dju in ver.di fordert dagegen 5,5 Prozent mehr Geld sowie die Einbeziehung von Onlinern in die Tarifverträge, Verbesserungen im Manteltarif und eine Modernisierung der Ausbildung. Die Verhandlungen wurden am 8. März fortgesetzt.

rbb-Freienstatut in der Schwebe

Der rbb lehnt es weiterhin ab, der Freienvertretung Mitbestimmungsrechte bei zentralen Fragen etwa zur Beschäftigung, zu Arbeitsbedingungen oder dem Gesundheitsschutz einzuräumen. Auch die Verhandlungen im Februar brachten keine Fortschritte. Der bislang vorliegende Entwurf eines Freienstatuts, wie es der geänderte Staatsvertrag vorsieht,

lehnt sich an das für den rbb-Personalrat geltende Personalvertretungsrecht an. Die künftige Freienvertretung soll aber höchstens das Recht zu Stellungnahmen bekommen. Die Begründungen des rbb zur Verweigerung von Mitbestimmungsrechten reichen von der Programmfreiheit, über rechtliche Bedenken bis hin zu erhöhtem Verwaltungsaufwand. Bis zum nächsten Verhandlungstermin Anfang März hatte der rbb einen eigenen Entwurf angekündigt.

Mitgliederzuwachs im Fachbereich

Das Jahr 2013 konnte der Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg mit einem absoluten Mitgliederzuwachs von 0,65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr abschließen. Die Mitgliederzahl stieg im genannten Zeitraum

von 14.244 auf 14.337. Damit weist Berlin-Brandenburg eine positivere Bilanz als andere Bundesländer auf und liegt auch über dem bundesweiten Durchschnitt. Hier hatte der FB 8 insgesamt ein Minus von rund 3 Prozent zu verbuchen.

Kartellamt-Veto zum Springer-Funke-Deal

Sein Veto hat das Bundeskartellamt zum Verkauf von Springers Programmtiteln »Hörzu«, »Funkuhr«, »TV Digital«, »TV Neu« und »Bildwoche« an Funke eingelegt. Die Übernahme werde nicht ohne Auflagen genehmigt. Vorgelegte Kompromiss-Vorschläge der Verlage wurden verworfen. Die Funke-Gruppe muss nochmal deutlich nachbessern. Wahrscheinlich ist nunmehr ein Weiterverkauf eines größeren Teils der Funke- oder Springer-Programmzeitschriften – andernfalls droht dem gesamten Deal das Aus.

Privatradios mit 4,3 Prozent plus

Die Gehälter der rund 500 Beschäftigten der im Tarifverbund organisierten Privatradios werden um 4,3 Prozent steigen. Die Erhöhung erfolgt in zwei Stufen zum 1. Januar dieses Jahres und zum 1. April 2015. Der Tarifvertrag läuft bis Ende Februar 2016. Der Manteltarifvertrag mit wichtigen Regelungen für die Arbeitsbedingungen ist bis Ende 2016 gesichert.

Kampfansage bei Tageszeitungen

Die zu Jahresbeginn in der Verhandlungsrunde für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure, Freie und Pauschalisten vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) vorgelegten Entwürfe für neue Tarifverträge bezeichnete ver.di Vize-Vorsitzender Frank Werneke als »Kampfansage«. Der BDZV habe auf seine Forderungen nach Einkommenskürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen noch nachgelegt: Bei Jahresleistung und Urlaubsgeld soll der Rotstift angesetzt werden. Urlaub für Neueingestellte soll auf 30 Tage gekürzt

Das Fell des Bären kann verteilt werden

Kinoerlösbeteiligung in der ver.di-Diskussion zur Berlinale

Ein Jahrzehnt wogte der Streit zwischen den Filmkreativen um die gerechte Aufteilung von Filmerlösen hin und her und trieb die Verbände auseinander. Am 13. Mai 2013 endlich waren die Erlösbeteiligungen von ver.di-Filmunion, Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler BFFS und der Produzentenallianz unterschrieben. Noch mal ein halbes Jahr dauerte es, bis geklärt war, wie die Erlöse unter den Berechtigten verteilt werden. Zur Berlinale Mitte Februar wurden im traditionellen ver.di-Panel die Spielregeln der »Kreativgruppenformel« erläutert.

Als »Meilenstein für Erstrechtvergütung beim Kinoerfolg« bezeichnete ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel diesen sich im »Ergänzungstarifvertrag Erlösbeteiligung Kinofilm« manifestierenden Extrakt zahlloser Diskussionsrunden und des hartnäckigen Ringens nach Kompromissen: »Der Bär ist erlegt, sein Fell kann verteilt werden.« Auch wenn Regie- und Kameraverband BVR und BVK den neuen Tarifvertrag nach wie vor vehement ablehnen und sich, wie zur Berlinale Diskussion von BVR Geschäftsführer Dr. Jürgen Kasten öffentlich angekündigt, juristische Schritte vorbehalten. Es sei nicht hinzunehmen, so eines seiner Argumente, dass so der Versuch unternommen werde, das Urheberrecht im Filmbereich neu zu definieren. Die Vertreter der acht Verbände von



Schauspieler Heinrich Schafmeister erklärt die Kreativgruppenformel

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Filmschaffenden, die mit der ver.di Filmunion und dem BFFS um Lösungen gerungen haben, sehen es als Gewinn an, dass jetzt ein Fairness-

FAIRNESS STATT AUSSTEIGEOPTION

ausgleich erreicht wird. »Es gibt keinen Korridor, keinen Puffer, keine Aussteigeroption, obwohl die Produzenten damit liebäugelten«, sagte von Fintel. »Wenn die Eigenmittel eingespielt sind, kommen in einer ersten Stufe die während der Produktionsdauer beim Film Beschäftigten an die Reihe. Die zweite Stufe erfolgt, wenn die Filmförderung zu-

rückgezahlt ist, die dritte, wenn ein erfolgreicher Film weitere Erlöse von 20 Prozent des Budgets eingespielt hat.« Für rund 200 in Deutschland jährlich produzierte Filme greift die Regelung ab diesem Jahr.

Die Orientierung der drei Tarifvertragsparteien auf einen gerechten Verteilschlüssel für die Kreativgewerke – insgesamt zehn sind erfasst – schlug sich nach nochmals zahllosen Gesprächen in der jetzt vorgestellten »Kreativgruppenformel« nieder. Sie zu finden war, wie die mehr als 30 Arbeitsgruppenmitglieder einräumen, »nervenaufreibend und manchmal schmerzhaft«. Das von Schauspieler Heinrich Schafmeister vom BFFS maßgeblich entwickelte mathematische Modell – er legte dafür mona-

telang seine Karriere auf Eis – weist für die Aufteilung Planschlüssel aus. Mehr als 100 Kinofilme wurden dafür zuvor untersucht. Genrefaktoren für Spiel-, Dokumentar- oder Actionfilme flossen ein. Hierarchien wurden zugrunde gelegt. Zudem ist ein »Kunstfaktor« berücksichtigt, der den kreativen Beitrag der einzelnen Gewerke für das jeweilige Filmgenre wertet. Die darauf basierende filmbezogene Umrechnung in Istschlüssel sähe bei einem typischen Realspielfilm so aus: 24,55 Prozent für Regie, 8,48 Prozent für Kamera, 6,77 Prozent für Szenenbild, 3,44 Prozent für Kostümbild, 3,01 Prozent für Maskenbild, 5,48 Prozent für Tongestaltung, 8,20 Prozent für Montage und 40,06 Prozent für Schauspiel, Stunt.

»Um Willkür auszuschließen«, so Arbeitsgruppenmitglied Dietmar Kraus vom Bundesverband Filmschnitt Editor e.V., »haben wir einander zugehört, Vorurteile ausgeräumt, Experten einbezogen und uns von großem Respekt vor den jeweiligen Leistungen leiten lassen.« Nicht bei der Verteilung dabei – auch das wurde thematisiert – sind Autoren. Sie sind vom Tarifvertrag nicht erfasst, weil sie nicht zu den auf Produktionsdauer Beschäftigten zählen. Das zu regeln, stehe noch aus.

Wie das Geld an die Kreativen kommt, ist zu klären. Es soll automatisch fließen. Fürs Schauspiel soll die Ausschüttung über die zu gründende Deutsche Schauspielkasse geschehen, für die anderen Kreativgewerke muss ebenfalls eine Verteilstelle geschaffen werden. **B. ERDMANN**

<http://filmunion.verdi.de>

Über Mumia Abu Jamal ist auch im Sprachrohr schon öfter berichtet worden. Eine weltweite Solidaritätsbewegung verhinderte, dass der schwarze US-Radiojournalist auf dem elektrischen Stuhl landete. Er war von einer weißen Jury wegen eines Polizistenmordes zum Tode verurteilt worden. Er hat die Tat immer bestritten, und es gibt zahlreiche Beweise, die die Version der Anklage erschüttern. Trotzdem soll Mumia bis zu seinem Lebensende im Gefängnis bleiben, denn das Todesurteil wurde in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Er kämpft mit seinen Anwälten und Unterstützern für eine Neuauflage des Verfahrens und seine Freilassung. Sein Fall darf auch nach Aufhebung des Todesurteils nicht in Vergessenheit geraten. Daher kommt ein Dokumentarfilm zur rechten Zeit, der deutlich macht, wa-

Wichtiger Film zur rechten Zeit

»MUMIA: Long Distance Revolutionary«

rum Mumia seit fast drei Jahrzehnten im Gefängnis sitzt. Der ungeklärte Kriminalfall wird nur am Rande erwähnt. Vielmehr interviewt Filmemacher Stephen Vittoria Freunde und Kollegen, die über Mumias früh einsetzende Politisierung berichten. Inspiriert vom Kampf der Black Panther und anderer linker Bewegungen, wurde er bereits mit 14 Jahren zum Aktivist. Er protestierte mit Gleichgesinnten gegen rassistische Politiker und wurde von weißen Polizisten verprügelt. Hier liegen die Anfänge des Films »Long Distance Revolutionary«. Darin wird deutlich, wie Mumia bereits als jugendlicher Journalismus und politisches Engagement

verband. Seine ersten journalistischen Erfahrungen machte er bei einer Black Panther-Zeitung, später arbeitete er für ein Community-Radio. In der schwarzen Community wurde

BEKANNT ALS STIMME DER UNTERDRÜCKTEN

er bewundert, weil er die wirtschaftliche Ausbeutung und Polizeibrutalität, denen schwarze Menschen in den USA ausgesetzt sind, öffentlich machte. Gehasst wurde er von den Politikern und der Polizei. Die versuchte ihn auszuschalten, weil er die

Armen, die Obdachlosen, die Hungernden zu Wort kommen ließ. Daraus bekam er den Beinamen »Stimme der Unterdrückten«.

Der Film vermittelt einen Einblick in MumiAs Biographie und die sozialen Kämpfe, die ihn prägten. Zudem trägt er dazu bei, dass Mumia und sein Kampf nicht vergessen werden. Es bedarf weiterhin einer weltweiten Solidaritätsbewegung, um seine Freiheit zu erkämpfen. In den USA sorgte der Film für ein großes Presseecho. In Deutschland, wo er am 4. Oktober 2013 im Berliner Kino Babylon Premiere hatte, ist die Resonanz noch verhalten. **PETER NOWAK**

Stephen Vittoria, »MUMIA – Long Distance Revolutionary«, 120 Minuten. Der Film kann unter <https://vimeo.com/monoduolfreemumia> kostenpflichtig heruntergeladen werden. Ab Frühjahr kann er als DVD beim Jump Up Versand <http://www.jump-up.de> bestellt werden.

Folgenschwerer Umzug

Francotyp Postalia gibt Standort in Birkenwerder auf

Wie steht FP wirtschaftlich da?

GABRIELE HACKBARTH: Ich bin nicht im Controlling und muss mich auf offizielle Aussagen verlassen. Demnach hat FP 2012 knapp 166 Millionen Euro umgesetzt und vier Millionen Gewinn gemacht. Das Unternehmen vertreibt innovative Produkte: Ursprüngliches und immer noch Kerngeschäft sind Herstellung und Verkauf von Frankiermaschinen. Zunehmend wird FP zum Dienstleister für Briefkommunikation umgebaut. So hat es als erstes Unternehmen in Deutschland die DE-Mail angeboten – eine elektronische Form des Briefes, die im Geschäftsverkehr gegenüber der normalen E-Mail Vorteile besitzt. Nach zögerlichem Start kommt das Geschäft mit diesen neuen Produkten ins Laufen.

Warum gerade jetzt ein Umzug nach Berlin-Pankow?

Im Grunde geht es wie immer darum, Kosten zu senken. Bis 1993 war das Unternehmen in Reinickendorf ansässig. Damals konnte FP in Birkenwerder günstig ein Grundstück erwerben und eine moderne Fertigungshalle errichten; der Berliner Firmensitz wurde aufgegeben. 2011 entschied sich die Geschäftsleitung, die Produktion erneut zu verlagern – diesmal nach Wittenberge, wo FP ein billiges Grundstück kaufen konnte. In Birkenwerder wurden kurzerhand 110 Beschäftigte entlassen, in der Prignitz Leute zu schlechteren Konditionen eingestellt – ohne Tarifbindung. Die Fertigungshalle in Birkenwerder ist seitdem weitgehend ungenutzt und verursacht Kosten. So suchte der Arbeitgeber eine günstigere Unterkunft. Gefunden hat er sie in der Prenzlauer Promenade, Ende des Jahres ziehen Verwaltung und Vertrieb zurück nach Berlin.

Wird es wieder zu Entlassungen kommen?

Nach heutigem Stand nicht. Allen 200 Mitarbeitern wurde eine Weiterbeschäftigung am neuen Standort angeboten. Lediglich 13 Beschäftigte aus dem Entwicklungsbereich sollen nach Wittenberge wechseln.

Ist der Umzug aus Sicht des Betriebsrates also unproblematisch?

Nicht ganz: Wir unterliegen dem Tarifvertrag der Berliner und Brandenburger Metallindustrie. Für den



Engagiert und lange bei FP: Gabriele Hackbarth

Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

Zum Jahresende verlagert Francotyp Postalia (FP), ein börsennotiertes Traditionsunternehmen mit über 90-jähriger Geschichte, erneut den Standort eines Betriebsteils. Erst 2011 wurde der Fertigungszweig von Birkenwerder nach Wittenberge verlegt. Nun soll der Standort Birkenwerder (Oberhavel) ganz aufgegeben werden, die dort noch ansässige Verwaltung bezieht im Oktober ein neues Domizil an der Prenzlauer Promenade in Berlin-Pankow.

Gabriele Hackbarth, seit 28 Jahren bei FP, setzt sich als Gesamtbetriebsratsvorsitzende für die Belange der Beschäftigten ein. Sie spricht über die Folgen des Umzugs.

Arbeitgeber ist es ein Dorn im Auge, dass immer noch ca. ein Drittel der Beschäftigten den Bedingungen des Tarifgebiets 1 (Berlin West alt) unterliegt. Diese Vereinbarung hat der damalige Betriebsrat für alle erzielt, die

VERBRIEFTES RECHT SOLL BLEIBEN

von Reinickendorf mitgegangen sind, sie gilt bis heute. Sie beinhaltet z.B. eine 35-Stunden-Woche. Diejenigen, die in Birkenwerder dazugekommen sind, fallen hingegen in Tarifgebiet 2 und müssen 38 Wochenstunden absolvieren. Laut Geschäftsleitung verliert die bisherige Regelung mit dem Umzug ihre Gültigkeit. Wir sind anderer Meinung und setzen uns dafür ein, dass die rund 60 Beschäftigten, auf die das noch zutrifft, ihr verbrieftes Recht behalten.

Lässt sich da etwas tun?

Das kann nur individualrechtlich behandelt werden. Jeder Einzelne muss sich überlegen, ob er bereit ist, drei Stunden mehr zu arbeiten oder nicht. Im Zweifelsfall wird das Arbeitsgericht entscheiden. 2008 hat FP schon einmal einen solchen Vor-

stoß gewagt. Wir haben damals Musterklagen geführt und gewonnen. Ob das wieder so klappt, wissen wir natürlich nicht.

Wie stehen die Beschäftigten zum Umzug?

Im Moment verharren die meisten in Warteposition, niemand weiß genau, was kommen wird. Für Berliner/innen wie mich ändert sich wohl nicht viel: Der Arbeitsweg wird kilometermäßig kürzer, aber zeitlich länger. Wer im Umkreis von Birkenwerder wohnt, muss hingegen mit Nachteilen rechnen. Viele sind Teilzeitkräfte und nicht begeistert, wenn ihr Fahrweg im Verhältnis zur Arbeitszeit deutlich länger wird.

Was macht der Betriebsrat?

Um Nachteile auszugleichen, verhandeln wir über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan. So wollen wir Zuschüsse erreichen für jemanden, der bisher mit dem Fahrrad kommt und nun eine Stunde mit dem Auto oder dem ÖPNV fahren muss. Oder wir drängen den Arbeitgeber dazu, sich auch am neuen Standort an einer Betriebskantine zu beteiligen. Im Gespräch sind auch veränderte Arbeitszeiten.

INTERVIEW: UTE C. BAUER

KURZMELDUNGEN

Was macht das Leben aus

Unter diesem Titel erscheint in unregelmäßigen Abständen eine Publikation der Erwerbslosen im Landesbezirk, die kritisch existenzielle Themen aufgreift. So ging es im November um das »Aus zum Tafelland« und den »Sozialen Arbeitsmarkt«. Die Ausgabe vom Februar setzt sich mit dem Mindestlohn für einzelne Bereiche auseinander, mit »misstrauisch machenden« politischen Diskussionen und heraufbeschworenen Horrorszenarien. Zur Situation der Erwerbslosen müsse die mediale Ruhe aufgestört werden, denn das Thema sei nicht vom Tisch – angesichts der Drohung von Arbeitgeberseite, dass 8,50 Euro ein »kaum überwindbares Einstiegshemmnis« für Langzeitarbeitslose sein werden. Zu lesen unter: <http://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/erwerbslose>

Arabisches Filmfestival in Berlin

Das 5. arabische Filmfestival ALFILM findet in diesem Jahr vom 19.-26. März in Berlin statt. Präsentiert werden 40 Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme aus der arabischen Welt. So fragt die Reihe Spotlight nach dem Körper in »Fleisch und Licht« und mit der Darstellung von Körperlichkeit nach gesellschaftlichen Umbrüchen. Beleuchtet werden sexuelle Gewalt gegen Frauen auf dem Tahir-Platz und zivile Gegenbewegungen. Das 2009 ins Leben gerufene Event hat sich zum wichtigsten arabischsprachigen Filmfestival in Europa entwickelt. Veranstaltungen finden in den Kinos Babylon, Eiszeit Kino Kreuzberg und der Galerie B/B Multiples, Brunnenstr. 162, statt. Alle Filme in Originalfassung mit englischen Untertiteln: www.filmaggregate.de

Herbert Bischoff gestorben

Am 28. Februar 2014 verstarb im Alter von 83 Jahren Kollege Dr. Herbert Bischoff. Er war von 1972 bis zum Herbst 1989 Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst in der DDR.

DIE IM DUNKELN SIEHT MAN NICHT...

ver.di will den gesetzlichen Mindestlohn
auch für Zeitungszusteller

MINDESTLOHN UND GERECHTIGKEIT

Zeitungszusteller arbeiten in der Regel zwischen 1 und 6 Uhr an sechs Tagen in der Woche. Ihre Entlohnung ist uneinheitlich. Das liegt an der Bezahlung nach Stücklohn, aber auch an fehlenden Tarifstandards. Nachtzuschläge und Pauschalen werden von Zustellbetrieben verschieden gezahlt. Etliche AusträgerInnen in den alten Bundesländern kommen umgerechnet auf über 8,50 Euro Stundenlohn, andere – die die gleiche Zeit aufbringen, aber längere Wege zu bewältigen haben – erzielen das nicht. In den neuen Ländern werden nach ver.di-Einschätzung nirgendwo 8,50 Euro pro Stunde erreicht. Der Mindestlohn würde für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Mancher erklimmt per Treppentritten zweimal im Jahr den Mount Everest. Viele sehen nie den Sonntagskrimi zu Ende, weil sie früh raus müssen. Im Winter erledigen sie ihre Touren auch bei unberäumten Straßen und -25°C. Sie schleppen oder karren Zentner von Papier, legen Kilometer mit dem eigenen Auto zurück, um dem letzten Abonnenten vor 6 Uhr seine Zeitung in den Kasten zu stecken: Zusteller sind die, die »an der frischen Luft arbeiten«, wie ihre Unternehmen gern betonen. Es sind aber auch die im Dunkeln, die kaum jemand beachtet. Dabei gibt es bundesweit 300.000. Und bei weitem nicht nur Rentner oder Studenten, die sich etwas »dazuverdienen«. Mit den Debatten um den gesetzlichen Mindestlohn sind Zeitungszusteller jetzt mehr in den Blick geraten. Auch die Medien begleiten schon mal eine Frühaufsteherin, der ihr Job kaum mehr einträgt als »Flaschensammeln«, wie Autorin Barbara Dribbusch kürzlich beschrieb:

»...wer wissen will, warum in einem sogenannten Hochlohnland Leute um vier Uhr früh für einen Stundenlohn von 3 Euro brutto aufwärts Zeitungen durch die bitterkalte Nacht tragen und mit klammen Fingern in Briefkästen stecken, der sollte sich Geschichten anhören wie die von Feldmann, einer von 4.000 ZustellerInnen in Berlin.

Feldmann zieht seit sieben Jahren frühmorgens ein bis zwei Stunden durch die kopfsteingepflasterten Straßen im Ortsteil Köpenick, weit im Berliner Osten, wo sie auch wohnt. Meist schiebt die 48-Jährige das blaue Wägelchen der Zusteller vor sich her...

In einer Stunde 60 Zeitungen »stecken«, wie es im Zustellerjargon heißt: Das macht für sie inklusive Nachtzuschlag 3 Euro Stundenlohn. Bei sechs Zustelltagen in der Woche sind das 72 Euro im Monat. Ein Hungerlohn, klar, aber »80 Prozent der Zusteller sind Aufstocker«, schätzt Feldmann. Wer Hartz IV bekommt, für den zählt jeder Euro. 100

Euro darf man hinzuverdienen, ohne dass das Geld vom Jobcenter angerechnet wird.

4 Cent Stücklohn, damit steht Feldmann unten in der Lohnhierarchie. In den westlichen Stadtvierteln liegen die Stücklöhne höher – die Agenturen gehen davon aus, dass sich im Osten eher AusträgerInnen zu den niedrigen Löhnen finden lassen. Das erfährt man von Vertriebsleuten, die nicht namentlich zitiert werden wollen. Wie überhaupt Zustellagenturen und Vertriebsmenschen lieber nicht offen über Löhne und Arbeitsbedingungen sprechen...«

So stand es in der taz vom 13. Januar.

OHNE ZUSTELLER GEHT GAR NICHTS

In der Hauptstadt hat seit 1994 die Berliner Zustell- und Vertriebsgesellschaft für Druckerzeugnisse mbH (BZV), eine Gründung der drei großen Tageszeitungsverlage, die letzten Meter der Zeitungen bis zum Briefkasten unter Monopol. Doch sind Entlohnung und Arbeitsbedingungen für die Zustellerinnen und Zusteller in den einzelnen Agenturen durchaus unterschiedlich und auch abhängig davon, ob es einen Betriebsrat gibt. Noch komplizierter ist die Situation in Brandenburg. Mancherorts findet sich kaum mehr jemand, der für die paar Cent in nächtlich-dunklen Dorfstraßen an immer weniger Abonnenten Zeitungen austragen will. Doch gilt auch hier: Ohne die Zusteller könnten die Zeitungsverlage dicht machen.

Auf die Zustellung entfallen im Schnitt 11,4 Prozent der Produktionskosten von Zeitungen, hat ver.di den Zeitungsverlegern jetzt vorgerechnet. Die wettern seit Monaten, dass Zusteller vom gesetzlichen Mindestlohn ausgenommen werden müssten. Von »Zuverdienst« statt von Lebensunterhalt tönte es da, aber auch von einer Bedrohung der Presse-

freiheit, wenn die Zustellung das Produkt Zeitung merklich verteuern sollte.

Das würde es allerdings vielerorts. Vor allem da, wo das Geschäftsmodell auf absoluten Niedriglöhnen basiert. Zustellkosten sind fast ausschließlich Personalkosten. Denn abgesehen von einem Handkarren oder einer Umhängetasche wird den Zustellern kaum etwas gestellt. Sie nutzen private Pkw oder Fahrräder, müssen sich auf eigene Kosten wetterfest einkleiden und möglichst noch die Taschenlampe selbst mitbringen. »Unterhalb der Armutsgrenze«, sieht ver.di-Sekretär Jörg Reichel die Zusteller in Berlin und Brandenburg. »Zwischen fünf und sieben Euro« schätzt er, verdient das Gros pro Stunde. Die meisten Austräger würden also von einem Mindestlohn profitieren. Warum er ihnen nicht zustehen sollte, leuchte nicht ein. Auch in einer sinnvollen Umrechnung des gängigen Stücklohns in einen Stundenlohn sieht Reichel keine grundsätzliche Hürde. Weil vereinzelte Nachtarbeiter wenig ausrichten können, unterstützt ver.di ausdrücklich Initiativen von Beschäftigten, in ihren Zustellagenturen Betriebsräte zu gründen und gemeinsam vorzugehen.

HELMA NEHRlich

Hilfe und Informationen gibt es auch unter <https://zeitungszusteller.verdi.de>





Foto: Michael Staudt/grafikfoto.de

17.000 ZEITUNGEN FÜR RUND 600 EURO

Für die Vertretung fahre ich seit 9. Dezember zusätzlich zum Südring runter und hab dort noch drei Touren. Da braucht es schon flinke Hufe, um alles vor 6 Uhr zu schaffen. Vorige Woche haben wir mal nachgerechnet, da wog eine Zeitungsrolle 20 Kilogramm. 17 solche Rollen hatte ich auszutragen, zusätzlich elf kleinere. Da kommt Gewicht zusammen. Uns Zustellerinnen und Zusteller, sag ich immer, erkennt man schon am Gang. Früher gab es viele Werbebeilagen extra zu stecken. Jetzt werden die alle in die Zeitungen eingelegt, so verdienen wir nichts zusätzlich.

Tja, das Geld: Für eine zugestellte MOZ gibt es 3,5 Cent, für den »Märkischen Markt«, das ist eine Anzeigenzeitung, 2 Cent. Überregionale Blätter, wir sagen Fremdzeitungen, bringen zwischen 4 und 6 Cent. Seit 1997, so musste unser Chef jetzt auf Nachfrage zugeben, gab es für uns keine Lohnerhöhungen. Der Preis für eine Ausgabe der »Märkischen Oderzeitung« ist aber in letzter Zeit dreimal um je 10 Cent gestiegen. Eigentlich steht uns laut Arbeitsvertrag Kilometergeld zu. Gab's aber nie. Ich hab's immer mal wieder beantragt – sei sofort im Papierkorb gelandet, wurde mir hinterbracht. Hat sich erst geändert, seit wir den Betriebsrat haben.

Zwar fahre ich täglich 38 Kilometer, die Pauschale krieg ich laut Computereberechnung nur für elf, aber immerhin. Auch die Kollegen, die mit dem Fahrrad fahren, bekommen jetzt was. Im Januar hab ich wegen meiner vielen Vertretungstouren laut Lohnbescheinigung 17.146 MOZ-Ausgaben ausgetragen, für 613,67 Euro. Mit den Anzeigenblättern und sonstigen Zeitungen, dem Kilometergeld und Nachzuschlägen kam ich insgesamt auf 968,51 Euro. Da hab ich mich vielleicht gefreut, ist aber natürlich nicht normal! Etliche meiner Kolleginnen und Kollegen stocken auf. Zum Arbeitsamt will ich nicht mehr. Deshalb hab ich noch einen Zweitjob, reinige tagsüber 15 Hauseingänge auf 450-Euro-Basis. Viel Schlaf bekomme ich nicht,

so drei bis vier Stunden zwischen meinen Diensten. Trotzdem würde es zum Leben nicht reichen, wenn ich meinen Mann nicht hätte.

UNS ENTLASSEN DIE NICHT!

Seit Juni 2013 haben wir unseren Betriebsrat. Demnächst kriegen wir von ver.di die erste Schulung, will ja schließlich alles gelernt sein. Zusätzliche Arbeit macht's schon, mit den Kolleginnen und Kollegen reden, Monatsgespräche mit dem Geschäftsführer. Aber wir können jetzt nicht mehr einfach übergangen werden. Ich hab mich gefreut, dass auf der letzten Betriebsversammlung doch einige den Mund aufgemacht haben. Ich sag immer: Ihr braucht keine Angst zu haben, uns entlassen die nicht, die finden ja gar keine andern.

Verbessern müsste sich vieles: Beim Verdienst, aber auch den Arbeitsbedingungen. Wir bekommen weder Arbeitskleidung noch Reinigungsgeld. MOZ-Aufkleber auf den Briefkästen könnten uns helfen, damit wir im Dunklen nicht noch Listen lesen müssen. Zu teuer, heißt es. Ja, und wenn tatsächlich der Mindestlohn käme, dann bin ich mal gespannt, was uns für Stückzahlen als »Norm« vorgerechnet werden. Doch soweit sind wir ja noch lange nicht...«.

PROTOKOLL: NEH

PRESSE- ODER AUSBEUTUNGSFREIHEIT?

Die deutschen Zeitungsverleger schreiben Zeter und Mordio: Der ultimative Angriff des Gesetzgebers auf die freie Presse wird im Mindestlohn für Zusteller gesehen. Zeitungsboten seien überwiegend Minijobber und im Osten bis zu 80 Prozent Hartz-IV-Empfänger. Denen 8,50 Euro pro Stunde zu zahlen, sei ein Eingriff in die Pressefreiheit. Folgt man dieser Argumentation, gefährden auch Druckerpreise die Pressefreiheit. Die Verleger verteidigen vielmehr Gewinne, die sie momentan auf Hungerlöhne in der Zustellung gründen.



Sabine Nagel arbeitet seit 2007 in Frankfurt/Oder festangestellt beim Pressezustellservice Oderland GmbH (PZO), einem Unternehmen der MOZ-Mediengruppe. Sie ist Vorsitzende des im vergangenen Frühjahr erstmals gewählten Betriebsrates für die etwa 220 Zustellerinnen und Zusteller:

»Ich fange nachts um Eins an. Da nehme ich am Abladepunkt die Zeitungsrollen für meine regulären sieben Touren in Empfang. Momentan sind es noch mehr, weil ich weitere vier Touren vertrete. Ich fahre dann mit meinem Transporter erst nach Neuberesinchen. Dort hab ich zwei Touren, das schaff ich ungefähr in einer Dreiviertelstunde. Ich habe Glück, die meisten Briefkästen sind draußen, ich brauche kaum Schlüssel, denn das hält auf. Danach geht's in die Stadt. Die zwei Touren in der Karl-Marx-Straße mache ich zu Fuß, mit den Zeitungen unter dem Arm, auch in etwa 45 Minuten. Dann hab ich noch drei Touren in Hansa-Nord, die dauern schon etwas länger. Wenn alles gut läuft, bin ich 4.30 Uhr wieder zu Hause. Außer dienstags und sonnabends, da sind die Zeitungen so dick mit Werbebeilagen gefüllt, da muss man mehr Zeit einplanen.



Pünktlich im Kasten – das erwartet die Leserschaft

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

ES GEHT UMS GELD

Nur zweite Klasse: Musik

Massive Kritik am neuen brandenburgischen Musik- und Kunstschulgesetz

■ Status Quo zu wenig

ver.di ist im letzten Jahr auf das Land Berlin zugegangen, um die Eingruppierung für die angestellten Musikschullehrkräfte tarifvertraglich zu regeln. Während ver.di eine grundlegende Verbesserung der Eingruppierung fordert, ist der Senat nur bereit, die bestehende Richtlinie zu bearbeiten. So hielt der erste Senatsentwurf im Wesentlichen am Status Quo fest. Nur für Zweigstellen- und Fachbereichsleitungen soll sich etwas verändern. Sie sollen nach Jahreswochenstunden in Verbindung mit der Schülerzahl eingruppiert werden. Auch soll die Besetzung der Leitungsstelle einer Musikschule keinen mehr voraussetzen. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium, z. B. Geisteswissenschaften, wäre ausreichend. Diese Regelungen weist ver.di zurück und fordert die Grundeingruppierung aller Musikschullehrkräfte in die Entgeltgruppe 11 (derzeit 9). Damit stehen die Berliner nicht allein. Die Tarifkommission der Bundesfachgruppe Musik will, dass die Entgeltgruppe 11 als Grundeingruppierung bundesweit für alle Lehrkräfte an öffentlichen Musikschulen zugrunde gelegt wird. Auf einer Mitgliederversammlung am 7. März wurde zum weiteren Vorgehen beraten. Klar ist: Musikschullehrkräfte werden für ihre Interessen aktiv eintreten müssen.

■ ver.di-Aktion für TVÖD

Die Verhandlungen in der Tarifrunde für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen begannen am 13. März in Potsdam, weitere folgen am 20./21. März und 31. März/1. April. ver.di fordert Entgelterhöhungen um einen Sockelbetrag von 100 Euro und weitere 3,5 Prozent, Urlaub von 30 Tagen für alle Beschäftigten und verbindliche Übernahme für Azubis. Die noch bestehenden Unterschiede Ost/West werden angesprochen. Bei den Verhandlungen zur Entgeltordnung erhoffen die Musikschullehrer Verbesserungen. Die FG Musik ruft alle kommunal angestellten MusikschullehrerInnen auf, sich vor Ort zu beteiligen. Die erste **ver.di-Aktion findet am 20. März vormittags vor dem KongressHotel Am Luftschiffhafen 1, 14471 Potsdam** statt. Bringt Instrumente und Plakate mit. *Infos: 030-8866-5402.*



Grundversorgung: Gute musikalische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen

Fotos: Chr. v. Polentz/transitfoto.de



Am 22. Januar 2014 wurde das neue Musik- und Kunstschulgesetz vom Landtag beschlossen. CDU und Grüne, Landeselternvertretung, der Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg und die Fachgruppe Musik kritisieren die völlig unzureichende finanzielle Verantwortung des Landes.

Von der Novellierung des brandenburgischen Musikschulgesetzes wurde viel erwartet. Anlass für die Beauftragung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur war die Volksinitiative »Mussische Bildung für alle« von 2009. Forderung war u.a., allen Kindern und Jugendlichen musische Bildung zu ermöglichen und die Fördermittel deutlich zu erhöhen. Diese lagen 2009 bei 2,6 Mio Euro für alle Musikschulen. Damit verringerte sich der Anteil der Landesförderung an den Gesamtkosten seit 2001 von 15 auf unter 10 Prozent. Brandenburg ist bundesweites Schlusslicht.

Die Volksinitiative war erfolgreich, die Novellierung durchzusetzen und zum Grundmusikalisierungsprogramm »Klasse: Musik« beizutragen. Für das Programm »Mussische Bildung für alle« hatte das Land seit 2010 jährlich 1,3 Mio Euro bereitgestellt. Die chronisch unterfinanzierten Musikschulen machten sich verständlicherweise Hoffnungen. Doch weit gefehlt!

Im Gesetz findet sich weder eine Erhöhung der Gesamtfördersumme noch wurde die erfolgreiche »Mussische Bildung für alle« aufgenommen. Dafür wurde das Verfahren zur Anerkennung der Musikschulen als »förderungswürdig« um zahlreiche Punkte erweitert. Die FG Musik und andere Verbände kritisierten bereits im Juni vergangenen Jahres das enorm aufwändige Verfahren. Das führt dazu, dass die Träger der Musikschulen mehr Geld für die Verwaltung ausgeben müssen und für den Unterricht insgesamt noch weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Damit nicht genug. Der Anteil der Fördermittel soll künftig auf Grundlage der im Jahr erteilten Unterrichts-

QUALITÄTSVERLUST IST
ZU ERWARTEN

stunden und der Zahl der Schüler berechnet werden. So sollen Wartelisten abgebaut und der Gruppenunterricht erhöht werden. Bisher erfolgte die Berechnung ausschließlich anhand der Unterrichtsstunden. Die FG Musik warnte bereits vor dem zu erwartenden Qualitätsverlust – im Gesetz steht es trotzdem.

Kritikpunkte von Sachverständigen haben nicht einmal marginal den Weg in das Gesetz gefunden – ebenso wenig wie Anträge von CDU und Grünen. Diese sahen eine Erhöhung der Fördersumme, zusätzlich die Aufnahme von »Klasse: Musik« und eines Projekts »Klasse: Kunst«

mit einer Förderung von weiteren 2,6 Mio Euro vor. Auch die Forderungen der FG Musik, den Anteil von Festanstellungen zu erhöhen, für die Honorarkräfte Mindesthonorare festzulegen und soziale Absicherungen zu verankern, fanden keinerlei Berücksichtigung. Damit nehmen die Landtagsabgeordneten auch weiterhin prekäre Verhältnisse billigend in Kauf.

Ein »Gutes« allerdings hat das neue Gesetz: Auch Kunstschulen haben prinzipiell das Recht auf Förderung. Dafür wurden sage und schreibe 90.000 Euro für das ganze Land bereitgestellt. Doch die Anerkennungsvoraussetzungen haben sich gewaschen: Eine Kunstschule müsste wöchentlich je 30 Unterrichtsstunden in den Bereichen »Bildende Kunst« und »Angewandte Kunst« und zehn weitere einem der Bereiche »Theater«, »Tanz«, »Literatur«, »Medien« oder »Zirkus« erbringen. So könnten Kunstschulen eher verhindert als gefördert werden.

Mit einer Portion Galgenhumor könnte man froh sein, dass Brandenburg die Förderung der Musik- und Kunstschulen nicht gleich ganz gestrichen hat. Dennoch muss man fragen, ob künstlerische Bildungsarbeit unter jeglichen Bedingungen stattfinden kann. Beihilfe gegen die Beratungsresistenz mancher Abgeordneter schaffen wahrscheinlich nur eine neue Volksinitiative und der Widerstand der Musikschulleitungen und Lehrkräfte.

ANJA BOSSEN UND
GUNNAR REICHMANN

Literatur als Grunderfahrung

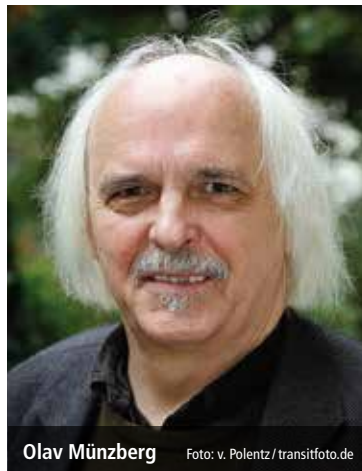
Dem Berliner Schriftsteller Olav Münzberg zu seinem 75. Geburtstag

Zunächst, lieber Olav Münzberg, gratulieren Sprachrohr und VS noch einmal herzlich zum 75. Geburtstag. Der liegt schon einige Zeit zurück, wir hoffen, Du hast bei guter Gesundheit gefeiert.

OLAV MÜNZBERG: Ein gesundheitlicher Einbruch im letzten Jahr wurde mehr oder weniger aufgefangen, ich bin wieder da.

Jubiläen sind ein Anlass zum Rückblick. Als Westberliner Schriftsteller warst Du von September 1989 bis zum 1. Mai 1993 Vorsitzender des VS. Was hat Dich und den Verband damals bewegt?

Wir sollten mit dem Rückblick früher beginnen. Ich bin 1984 in den VS eingetreten und wurde von ihm in die Neue Gesellschaft für Literatur (NGL) delegiert. Hintergrund war: Da der VS Teil der IG-Druck und Papier war, stoppte der Westberliner Senat die Fördergelder mit der Begründung, er sei nicht zuständig, eine Gewerkschaft zu unterstützen. Ingeborg Drewitz gründete daher die NGL als allgemeine, die Literatur fördernde Gesellschaft und beantragte



Olav Münzberg Foto: v. Polentz/transitfoto.de

über sie Fördergelder. Ich wurde dann zum Vorsitzenden gewählt. Immer wollte ich für Schriftsteller und Künstler etwas bewegen. Privat suchte ich Kontakte zu Ostberliner Schriftstellern, was damals nicht ungefährlich war.

Nach der Wende ging es mir um einen Gesamtberliner Landesverband, angebunden an die 1989 aus dem Zusammenschluss von IG Druck und Papier mit der IG Kunst, Kultur und Medien hervorgegangene IG Medien. Gemeinsam mit Stefan Heym – der mir einen Schnellkurs zu DDR-Strukturen verpasste – habe ich diese VS-Vereinigung durch Bildung eines Vorstandes vorangetrieben: vier Vertreter aus Ost- und vier aus Westberlin, weil keine Seite die andere überstimmen sollte. Ich holte mir das Statut des DDR-Verbandes aus dem Büro in der Friedrichstraße und nahm Kontakte mit der Arbeitsgruppe Satzungsänderungen auf, u.a. zu Ursula Höntsch und Joachim Walter. Bis heute bin ich darüber unglücklich, dass es damals nicht gelungen ist, Persönlichkeiten wie Heiner Müller oder Christa Wolf in den VS zu holen. Mit Sicherheit hat der Austritt von Günter Grass aus dem VS 1988 da ziemlich geschadet.

Wie seid Ihr aufeinander zugegangen?

Wichtig war, dass wir uns gegenüber den Ostberliner Kolleginnen und Kollegen fair verhielten. Wir hatten uns mit vielen Problemen in den

Mitgliederversammlungen auseinandersetzen, aber so etwas wie Geseinnungsprüfungen habe ich als Eintrittsbedingung immer abgelehnt. Eine Klärung sollte anders stattfinden. Entscheidend war für mich die Mitwirkung in der paritätisch besetzten VS-Geschichtskommission. Wir sind dort in die West- und die DDR-Geschichte zurückgestiegen, haben Dokumente der jeweiligen Verbände aufgearbeitet. Immer geleitet von dem Versuch, der Literatur einen offenen Rahmen zu geben und sie als Grunderfahrung zu vermitteln.

Ich habe auch Projekte wie die Medien-Galerie und den heutigen ver.di Literaturpreis mit angeregt. Als Defizit empfinde ich bis heute, dass der VS Berlin kaum Sachbuchautoren in den Verband geholt hat. Die Zusammenarbeit mit ihnen stand immer wieder auf dem Programm.

Du bist ein vielseitiger Mensch, der sich »nie festlegen ließ«. Du warst als Professor für Kunst und Kulturwissenschaften an Berliner Universitäten tätig, bist Lyriker, Essayist, Sachbuchautor, Kunstkritiker... Was beschäftigt Dich heute?

Gerade veröffentliche ich meine Erinnerungen an Japan im TEIA Verlag. Ich habe Manuskripte, mit denen ich noch was machen möchte. Mit meiner Lebensgefährtin, der polnischen Schauspielerin und Regisseurin Prof. Dr. Janina Szarek, leite ich das Teatr Studio am Salzufer, die in Deutschland einmalige deutsch-polnische Studiobühne. Ich will zur deutsch-polnischen Versöhnung beitragen. Die steht bis heute aufgrund der Verdrängung der polnischen Geschichte nur auf dem Papier. Die Reaktionen darauf zeigen, wie unbewältigt vieles ist. Was mich sehr beschäftigt: Wie verlaufen kulturelle Vermittlungen? Warum gibt es keinen TV-Kanal, der in allen europäischen Sprachen kulturelle Ereignisse den Europäern nahebringt? Man sollte mit einem Europäischen Literaturkanal beginnen, ihn später zu einem Europäischen Kulturkanal erweitern. Das würde Autoren, Übersetzern und Künstlern Erwerbsmöglichkeiten geben – abgesehen davon, einen Beitrag zur europäischen Integration zu schaffen. Und: Es wäre ein Gegengewicht zum teilweise unerträglichen Mediensalat auf vielen Kanälen. INTERVIEW: B. ERDMANN

LESEMARATHON

Vom 17. bis 21. März 2014

»Lachen und Leichen. Heitere Kriminalgeschichten« am Montag, 17. März 2014, um 20.00 Uhr Ort: Dorotheenstädtische Buchhandlung, Turmstr. 5, 10559 Berlin. Es lesen: Barbara Ahrens, Horst Bosetzky, Jan Eik, Stephan Hähnel, Waltraud Schade, Astrid Vehstedt

»Familiengeheimnisse« am Dienstag, 18. März 2014, um 19 Uhr, Ort: Stadtbibliothek Spandau, Carl-Schurz-Str. 13 im Lesecafé (Ebene 2), 13597 Berlin. Es lesen: Beate Dölling, Gunnar Kunz, Ursula Kramm-Konowalow, Miriam Magall, Reinhold Paarmann, Ilke S. Prick, Gerhard Schumacher

»Vergessen« am Mittwoch, 19. März 2014, um 19.30 Uhr, Ort: Janusz-Korczak-Bibliothek, Berliner Straße 120, 13187 Berlin. Es lesen: Dorle Gelbhaar, Silke Riemann, Annika Carmen Schmidt, Charlotte Worgitzky

»Das verlorene Paradies« am Donnerstag, 20. März 2014, um 19 Uhr, Ort: Neuköllner Leuchtturm, Emser Str. 117, 12051 Berlin. Es lesen: Wolfgang Fehse, Petra Gabriel-Boldt, Heinrich von der Haar, Salean A. Maiwald, Birgit Ohlsen, Jutta Rosenkranz, Charlotte Worgitzky

»Die schrägsten Berliner 10-Minuten-Geschichten« am Freitag, 21. März 2014, um 20 Uhr, Ort: Böse-Buben-Bar, Marienstr. 18, 10117 Berlin. Es lesen: Tilo Ballien, Monika Ehrhardt-Lakomy, Jiri Kandler, Fritz Leverenz, Ruth Fruchtman

LESUNG

»Monsieur – wir finden uns wieder« Christa Wolf und Franz Fühmann im Briefdialog: Eine Lesung am 19. Mai ab 16 Uhr in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam. Der Berliner Autor Paul Alfred Kleinert stellt Leben und Werk der beiden Schriftsteller vor. Aus dem Briefwechsel lesen Carmen Winter und Till Sailer. Moderation: Ingeborg Arlt, Musikalische Umrahmung: Bastian Kozik. Der Eintritt ist frei, Rückfragen unter: 030/88 66-54 02

LESENSWERT

Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Thomas J. Hauck »Schaumrollen und Blutwurst«, Krimi, Buchverlag/Zwiebook, ISBN 978-3-943451-06-1

Miriam Magall »Auf dem Obasute-Yama! Oder: Verwirf mich nicht in meinem Alter«, Roman, Verlag Edition AV, ISBN 978-3-86841-097-6

Reinhard Mrosk »Hamburg – Beschreibung einer Stadt«, Band 1-3, Patalas Verlag, ISBN-978-3941535-08-4

Reinhard Mrosk »Der Dunkelgraf und der Schatten einer Frau«, Patalas Verlag, ISBN 978-3-941535-04-6

Reinhild Paarmann »Shio«, Verlag Wolfgang Hager, ISBN 978-3902879523

Thomas Hartwig »Die Armenierin«, Roman, Salon LiteraturVerlag, ISBN 978-3-939321-56-9.

Neuland im Kulturmanagement betrat der Landkreis 1997 mit der Gründung einer gemeinnützigen Kultur GmbH Märkisch Oderland als Tochtergesellschaft für kreisgeleitete kulturelle Einrichtungen. Fünf sind noch unter diesem organisatorischen Dach vereint – mit 35 fest Beschäftigten, einer Geschäftsführerin, dazu bis zu 60 Honorarlehrern, 20 Aushilfen und einigen geförderten befristeten Arbeitnehmern.

Historisch gewachsenes und kulturelles Erbe soll bewahrt und erlebbar bleiben. Das Freilichtmuseum Altranft zeigt einen wesentlichen Bereich brandenburgischer Geschichte und des ländlichen Alltagslebens vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Schloss Freienwalde ist als für Königin Luise erbaute Villa zugleich Erinnerungsort an den Industriellen, Zeitkritiker, Schriftsteller und Politiker Walther Rathenau, der das Haus 1909 erwarb. Die Kreismusikschule gehört zur Grundversorgung und vermittelt an 70 Stützpunkten rund 2.000 Schülern Begeisterung an der Musik. Die Gedenkstätte Seelower Höhen dokumentiert authentisch die größte Schlacht des Zweiten Weltkriegs auf deutschem Boden und den geschichtlichen Umgang der DDR mit dem Sieg der Roten Armee. Das Brecht-Weigel-Haus erinnert als einziges Literatur- und Theatrumuseum im Landkreis an den bedeutenden Dramatiker und Lyriker

Zitterpartie

Die Kultur GmbH Märkisch Oderland wird liquidiert



Maxi Pincus-Pamperin vorm Brecht-Weigel-Haus in Buckow (Märkische Schweiz)

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Bertolt Brecht und seine Frau, die Schauspielerin Helene Weigel.

Diese bunt gemischte Kultur GmbH wird auf Beschluss des Kreistages vom Dezember 2013 liquidiert. Drei Einrichtungen sollen bis 1. Januar 2015 ein neues Zuhause finden, zwei bis 2016, und keine auf der Strecke bleiben. Sprachrohr befragte dazu Maxi Pincus-Pamperin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Brecht-Weigel-Haus, Betriebsratsvorsitzende der Kultur GmbH MOL und stellvertretende Bürgermeisterin der 1.600-Einwohner-Stadt Buckow.

Ist das Ziel, mit der Kultur GmbH diese Häuser kreativer und freier zu führen, nicht aufgegangen?

MAXI PINCUS-PAMPERIN: Bei der damaligen Überführung in die Kultur GmbH waren wir nicht blauäugig, haben aber auf Vernetzung, geballte Kraft für die Vermarktung, Entwicklung gemeinsamer Ideen, neue Besucherströme u.a. gehofft. Manches ist aufgegangen, anderes nicht. Bedingungen haben sich geändert. Die Kosten für den laufenden Betrieb der Häuser wachsen permanent, der Sanierungsbedarf vor allem für die

21 Immobilien im Freilichtmuseum Altranft ist hoch. Auch die Personalkosten sind gestiegen, obwohl die Beschäftigtenzahl bis zur Schmerzgrenze ausgedünnt ist. Das Wegbrechen von ABM macht sich bemerkbar und auch das der Ein-Euro-Jobber.

Also ist Geld der Knackpunkt?

Diese Entwicklung zeichnete sich seit Jahren ab. Das Budget wurde jährlich vom Landkreis bewilligt, Nötiges nachfinanziert. Der Erhalt unserer GmbH war ein immerwährender Zitterspiel. Denn wir sind eine freiwillige Aufgabe, und es gibt noch mehr Kultur. Die zugesicherte Tarifanbindung blieb bis 2007. Mit enger werdenden finanziellen Spielräumen wurde ein Haustarifvertrag verhandelt und ein neuer Geschäftsführer eingestellt. Der bis 2011 wirkende Haustarif verhinderte betriebsbedingte Kündigungen, die Beschäftigten verzichteten auf Sonderzahlungen. Eine Einrichtung wurde ausgegliedert. Doch die damit eingesparten

DIE INSOLVENZ WILL KEINER

240.000 Euro reichten nicht aus. Um eine Insolvenz abzuwenden, sollte die Geschäftsführung einen Sanierungsplan erarbeiten. Das ist nicht überzeugend gelungen. Zur Stabilisierung der kreiseigenen Kultureinrichtungen wurde von einer unabhängigen Firma eine Konzeption erarbeitet. Nach der wird zum Teil gearbeitet. Deshalb jetzt der Kreistagsbeschluss zur Liquidation.

Was passiert mit den Häusern, was mit den dort beschäftigten Menschen?

Das kulturelle Angebot soll erhalten bleiben. Es gibt einen Maßnahmenplan, der in Kreistagsbeschlüssen umzusetzen ist. Da wir im Mai Kommunalwahlen haben, birgt das Unwägbarkeiten. Wenn neue Kreistagsabgeordnete andere Ideen mitbringen, mögen es bitte nur positive sein – beispielsweise für Altranft und seine problematischen Immobilien. 35 Beschäftigte und unsere Geschäftsführerin müssen vom Landkreis übernommen werden. Natürlich wird dieser sich bemühen. Und wir werden als Betriebsrat für die Arbeitsplätze und die Eingruppierungen kämpfen. Auch ver.di wird dazu Gespräche aufnehmen. Die Zitterpartie allerdings ist noch längst nicht ausgestanden. INTERVIEW: B. ERDMANN

Auf Wiedersehen, Bühne 3!

Endlich Teilsanierung im »Theater an der Parkaue«

Anfang Januar feierte das Theater an der Parkaue eine Abschieds-Abrissparty für die Bühne 3. Mitarbeiter und Zuschauer begingen die-

sen langersehnten Moment mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Hier wurde jahrzehntelang geprobt, in den 70er Jahren wandelte sich der Ort zur Spielstätte. Mehr als 133 Inszenierungen, davon 16 Uraufführungen und zwei Deutsche Erstaufführungen, konnte sich das junge Publikum hier ansehen. Und nun: Endlich Umbau! Endlich Teilsanierung! Es wird abgerissen, um Neues zu bauen. An gleicher Stelle entsteht ein dreigeschossiger Neubau mit Spielstätte, Service-, Arbeits- und Lagerräumen.

Aus Gründen des Denkmalschutzes wird das neue Gebäude separat gebaut und durch einen Übergang mit dem Personal- und Bühnentrakt verbunden. Der Zwischenraum wird durch eine Glasverkleidung zur Cafeteria. Ein behindertengerechter Zugang zur Bühne 1, Diensträume der



Gewerke und Künstlergarderoben, ein Personalaufzug sowie Besucherservice, Foyers und Zuschauerraum für die Bühne 1 werden um- oder neugebaut. Und das alles bei laufendem Spielbetrieb! Das heißt bei aller Freude in gewissen Bauphasen eine enorme Einschränkung des Spielbetriebes und große Strapazen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sicher ist: Für die Beschäftigten werden sich endlich die Arbeitsbedingungen verbessern, für das Publikum wird ein Theaterbesuch sehr viel Angenehmes bieten. Zum Spielzeitbeginn 2016 soll alles im neuen Glanz erscheinen und auf allen Bühnen des Theaters an der Parkaue wieder gespielt werden können!

ROSWITHA WEBER



Abriss von Bühne 3

Foto: R. Weber

Auf einer Teilbetriebsversammlung in der Redaktion der »Berliner Zeitung« am 26. Februar vermeldete der Betriebsrat als Erfolg: Einige der im Zuge umfassenden Personalabbaus im Juni 2013 ausgesprochenen Kündigungen wurden jetzt zurückgenommen. Vier Kollegen können bleiben, weil 13 andere mit Arbeitszeitverkürzung bis zu zwei Jahren eine Alternative gegen weiteren Kahlschlag schaffen. »Es lohnt sich zu kämpfen.« Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch freut sich, dass das von Beschäftigten und Interessenvertretung initiierte Modell fruchtet. Sie berichtete von der Übernahme einer weiteren Beschäftigten zum konzernerneigten Online-Dienstleister DuMont Net sowie von der Weiterbeschäftigung zweier Layouterinnen in der sogenannten Redaktionsgemeinschaft (Rege) II.

Dennoch sei im Verlagshaus am Alexanderplatz (DuMont Schauberg) in den vergangenen Monaten kaum ein Stein auf dem anderen geblieben. Viele profilgebende, langjährige Redakteurinnen und Redakteure haben die »Berliner Zeitung« und den »Berliner Kurier« 2013 nach einem Freiwilligenmodell verlassen. »Die Arbeitsbelastung für die Verbliebenen steigt weiter, wir sehen das mit

Kein Stein blieb auf dem anderen

Vier Kündigungen in der »Berliner Zeitung« konnten kompensiert werden



Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Sorge«, so die Betriebsratschefin. Im September 2013 wurde nach Outsourcing von Poststelle, Rechnungswesen und Blattplanung auch die Auslagerung der gesamten Anzeigenabteilung angekündigt. Sechs der insgesamt 57 betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben den Betriebsübergang in eine tariflose BerlinMedien Vermarktung GmbH zum 1. Januar 2014 verweigert. Der Be-



triebsrat widersprach nun den entsprechenden Kündigungen, so Gensch. Inzwischen ist die Auslagerung der Personalabteilung und des Gehaltsbüros – das betrifft im Ver-

lagshaus am Alexanderplatz fünf Beschäftigte – in eine ebenfalls tariflose konzernweite DuMont Personalmanagement-Gesellschaft zum 1. April geplant. Wegen Zentralisierung in Köln sollen später auch die zwei Arbeitsplätze im Archiv abgebaut werden.

Immer weniger DuMont-Beschäftigte fallen unter tarifvertragliche Regelungen. Die Geschäftsführung hatte zudem den geltenden Haustarifvertrag für den Berliner Verlag zum Jahresende gekündigt. In Sondierungsgesprächen bis Januar betonten die Gewerkschaften die Notwendigkeit von Beschäftigungssicherung. Der Verlag zielt offenbar darauf ab, Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Redakteure auf das Niveau der Verlagsangestellten abzusenken. Das würde, so Berechnungen der Arbeitnehmerseite, für die Einzelnen jährliche Einbußen zwischen 450 und 1.800 Euro bedeuten. »Da stellen wir Gegenforderungen«, heiß es von ver.di-Seite. Man wolle Tarifbindung auch für die bislang tariflose Redaktionsgemeinschaft durchsetzen. **NEH**

Ohne Vergangenheit keine Zukunft

Karl-Richter-Verein wählte neuen Vorstand und schmiedet Zukunftspläne

Auf der Mitgliederversammlung des Karl-Richter-Vereins am 6. Februar wurde ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender ist nun Gerd Kirchgäßner. Constanze Lindemann und Holger Menze fungieren als seine Stellvertreter, Henrik Müller wurde als Geschäftsführer wiedergewählt. Bestätigt wurde auch der Ehrenvorsitz von Detlef Hensche.

Trotz seines aufwändigen Namens als »Verein zur Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.« macht der Zusammenschluss bislang eher wenig Aufhebens um sich. An traditionellem Ort, im Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker in der Dudenstr. 10, zum 80jährigen Gewerkschaftsjubiläum des Namenspatrons im Jahr 2000 gegründet, hütet und pflegt der Verein vor allem die historische Bibliothek des Landesbezirks Berlin der IG Druck und Papier.

Die hat mit ihren Beständen bereits die Voraussetzungen für verschiedene Veröffentlichungen des Vereins

geschaffen (siehe auch Seite 14). Die im Karl-Richter-Verein engagierten Kolleginnen und Kollegen arbeiten daran, dem historischen Bewusstsein auf die Sprünge zu helfen, das in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit so oft zu kurz kommt. Zwar legen die Jünger und Mägde der Schwarzen Kunst großen Wert auf ihr berufliches Können und die Erfindungen des Altmeisters Gutenberg sowie auf



ihre Herkunft aus einer der ältesten deutschen Gewerkschaften. Aber das konkrete kollektive Gedächtnis sieht doch häufig etwas brüchig aus. Etwa war das Erstaunen groß, als zum 150-jährigen Bestehen des Berliner Buchdrucker Vereins historische Lieder aus dem »Buchdrucker-Liederbuch« gesungen wurden. Dass Ge-

sangvereine in der alten Druckergewerkschaft für den Zusammenhalt und die Pflege der Geselligkeit eine zentrale Rolle spielten, dass ungezählte eigene Texte auf bekannte Melodien gesungen wurden, wusste faktisch keiner der Anwesenden mehr.

Auch Persönlichkeiten, die Geschichte und Haltungen in unseren Vorgängerorganisationen maßgeblich mit geprägt haben, sind heute fast vergessen. Der Zeiten- und Kulturbruch, den die Nazis in ihrer mörderischen zwölfjährigen Herrschaft durchgesetzt hatten, wirkt bis heute nach. Der Karl-Richter-Verein möchte den Satz von Oskar Negt »Keine Utopie ohne Erinnerung und ohne Vergangenheit keine Zukunft« mit Leben füllen. Die Karl-Richter-Edition mit ihren Porträts von Kolleginnen und Kollegen aus unserer Zunft ist ein Baustein. Der Verein hat maßgeblich die Wege gebahnt für den in diesem Jahr erscheinenden Band von Rüdiger Zimmermann mit Biographien von Redakteuren aus der

150-jährigen Geschichte von »DRUCK+PAPIER«. Dazu wurde im letzten Jahr eine Broschüre zu den Bewohnern des Verbandshaus vor 1933 herausgegeben und mit dem ver.di-Landesfachbereich ein Stolperstein für Karl Helmholz verlegt. Der war in den 1920er Jahren einer der Redakteure des »Korrespondent«, wohnte im Verbandshaus und wurde von den Nazis im Mai 1933 aus der Wohnung und schließlich in den Tod getrieben.

Der neue Vorstand hat sich zum Ziel gesetzt, den Verein mit Kooperations-Projekten bundesweit bekannter zu machen. Die Bibliothek soll ab Mai an jedem ersten Montag im Monat von 14 bis 18 Uhr als Präsenzbibliothek offen stehen, besondere Bände werden vorgestellt. Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, die wissenschaftliche Tagung »Die Druckindustrie im Umbruch. Technologie, Arbeit und Beruf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« inhaltlich mit vorzubereiten. Diese findet am 27. und 28. November 2014 im Deutschen Presse-museum im Ullsteinhaus in Berlin statt. **CONSTANZE LINDEMANN**

www.karl-richter-verein.de

Nicht wegwerfen!

Der Karl-Richter-Verein bewahrt auch Zeugnisse der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte aus der Druckbranche. Speziell ehemalige IG-Druck-und-Papier-Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt oder dem Umland, die mit Erinnerungen, Hinweisen oder Dokumenten (Protokollbücher, betriebliche Unterlagen) zur Vervollständigung der regionalgeschichtlichen Sammlung nach 1945 beitragen können, sollten sich per Post (Dudenstraße 10, 10465 Berlin, info@karl-richter-verein.de) melden oder bei Wolfgang Blumenthal anrufen (Tel. 030/929 46 98).



Wolfgang Blumenthal

Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de



»Heimat« gefunden, in der seine Mitarbeit sehr geschätzt wird.

»Etliche Kubikmeter« schriftlichen Nachlass von Karl Richter galt es etwa zu sichten. Dessen Bücherschätze, etwa 800 Bände, wurden hauptsächlich von Blumenthal nach der vom Kollegen Karl-Michael Scheriau erarbeiteten Katalog-Systematik in die vereinseigene Bibliothek eingefügt. Auch Zeitschriften aus Richters Besitz sind jetzt erfasst und geordnet. Überhaupt die Bibliothek. Die ist Wolfgang Blumenthals ureigenes Betätigungsfeld geworden. Sorgsam legt er Erstaussgaben der Büchergilde Gutenberg bis 1933 auf den Tisch. Die Bände entstanden teilweise in der Druckerei im Gewerkschaftshaus der Buchdrucker, heute Dudenstraße 10, wo auch der Karl-Richter-Verein seinen Sitz hat. »Sie haben versteckt überdauert, als das Haus von den Nazis gestürmt worden war«, freut er sich und zählt sie zu den wertvollsten Teilen »seiner« Bibliothek. Zeugnisse früher Gewerkschaftsarbeit nach 1945 gehören auch dazu, wobei solche der Ostberliner Druck- und Papiergewerkschaft besonders rar sind. Davon hätte er gerne mehr... Dass die Bibliothek des Karl-Richter-Vereins ab Mai wieder für Interessierte geöffnet ist, bedeutet für den 77-Jährigen einen weiteren

Nachmittag im Monat Präsenz vor Ort.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass Wolfgang Blumenthal auch am Jubiläumsband »Gearbeitet – gewerkschaftet – gewohnt. 75 Jahre Verbandshaus der deutschen Buchdrucker von Max Taut« mitgearbeitet hat, ebenso

an der Ausstellung zum 150.

Jahrestag der Berliner Druckgewerkschaft, der 2012 begangen wurde. Und: 2016 steht der nun bereits 150. Jahrestag der Gründung der deutschen Buchdruckergewerkschaft bevor. Damit ist Wolfgang Blumenthal in Gedanken schon wieder befasst. Unter ganz anderen Voraussetzungen freilich, aber inzwischen mit viel mehr theoretischem Hintergrund.

HELMA NEHRLICH

Der Herr der Bücherschätze

Auch Gewerkschaftsgeschichte will weiter gelebt sein

Der Blick zurück begann für Wolfgang Blumenthal mit einer Aufgabe für die Zukunft: Der 125. Jahrestag der Druckergewerkschaft sollte 1991 am historischen Ort, in Leipzig, gefeiert werden. Und zwar gemeinsam von den Industriegewerkschaften Druck und Papier aus West und Ost. Ein toller Event im Gewandhaus schwebte den Kollegen aus Stuttgart vor. Blumenthal, in den 1980er Jahren als Sekretär der Geschichtskommission in der FDGB-Gewerkschaft Druck und Papier berufen und erstmals ernsthaft mit Gewerkschaftshistorie befasst, arbeitete sich ein, suchte nach Material und Experten. Feiern wollte man eher eine Nummer kleiner, Begegnungen von KollegInnen aus beiden deutschen Staaten in den Mittelpunkt stellen. Die unterschiedlichen Vorstellungen mussten nie ausdiskutiert werden, die politische Wende überholte sie: »Es gab dann 1991 gar keine Feier. Damit überhaupt an die Gründung 1866 erinnert wurde, erschien schließlich – eineinhalb Jahre verspätet – ein Jubiläumsband.« Wolfgang Blumenthal steuerte einen Aufsatz zur Industriegewerkschaft Druck und Papier in der DDR bei.

REISEFÜHRER ZWISCHEN GESTERN UND HEUTE

Eines hatten die Entwicklungen in der privaten Biografie des diplomierten Philosophen doch bewirkt: Blu-

menthal war – fast zufällig – zum Ansprechpartner in Sachen Gewerkschaftsgeschichte avanciert, ihm hatte sich damit ein Feld eröffnet, das ihn auch persönlich mehr und mehr fesselte. Zunächst rein sachlich: Da war Archivmaterial aus DDR-Zeiten zu retten, aufzuarbeiten und, so Blumenthals ursprünglicher Auftrag, in die gemeinsamen Bestände der IG Medien zu überführen. Dafür wurde er sogar einige Monate aus Stuttgart, dem Hauptsitz der IG Medien, festangestellt. Schließlich landeten die Materialien jedoch mit dem gesamten FDGB-Erbe im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (SAPMO).

Blumenthal machte eine Umschulung zum Studienreiseleiter und arbeitete gleichzeitig in der Johannes-Sassenbach-Stiftung mit, die Forschungen zur deutschen und internationalen Gewerkschaftsgeschichte fördert. Dass 1997 – zu dessen 130. Geburtstag und 50. Todestag – in Berlin und der Geburtsstadt Neubrandenburg Theodor Leiparts gedacht wurde, der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit 1921 vorgestanden hatte, ist wesentlich Wolfgang Blumenthal zu danken. Er hatte auch die Idee zu einem gewerkschaftshistorischen Berliner Stadtführer: »Mit den Groschen der Mitglieder« erschien 2004 im Trafo-Verlag und erläutert Vorgeschichte, Bau und aktuelle Gestalt von Gewerkschaftshäusern sowie gewerkschaftlichen Wohnsiedlungen, die in der Hauptstadt zwischen

1900 und 1933 entstanden. Sie kündeten oft auch architekturgeschichtlich vom Fortschritt.

JETZT HERRSCHT ORDNUNG IN DER BIBLIOTHEK

Blumenthals Angebot, die Stadtführungen nicht nur auf dem Papier vorzuzeichnen, sondern auch zu praktizieren, wurde jedoch von der Sassenbach-Gesellschaft so wenig gefördert wie der Vor-

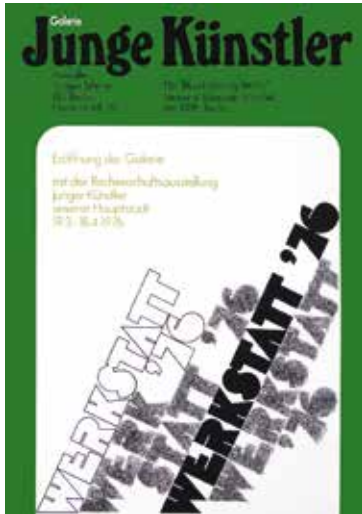


schlag, in der ver.di-MedienGalerie mit einer Ausstellung an den Namensgeber Johannes Sassenbach – unter anderem Leiter des ersten Berliner Gewerkschaftshauses – zu erinnern. Der Bruch war unausweichlich. Doch hatte Blumenthal mit dem 2000 gegründeten Karl-Richter-Verein (siehe auch Seite 13) bereits eine andere, historisch fundierte

MEDIENGALERIE

Ausstellungen

• **Rückblick auf die Galerie Junger Künstler** im Haus der Jungen Talente: 13. März – 17. April. Veranstaltungen: 3. April, 18 Uhr, Lesung mit Franziska Troegner »Fürs Schubfach zu dick«, 10. April, 18 Uhr, Vortrag Dr. Lutz Kirchenwitz, Lied und Folk im HdJT. Das Haus der jungen Talente wurde am 7. März 1954 vom Ma-



gistrat der Berliner Jugend als Klubhaus übergeben. Dort fanden viele Interessengemeinschaften der bildenden, angewandten und darstellenden Kunst ihre Heimstatt. 1976 kam die Galerie Junger Künstler hinzu. Mehrere Ausstellungen waren der Solidarität mit jungen Künstlern aus Lateinamerika gewidmet. Im Laufe von 15 Jahren gab es 151 Ausstellungen mit mehr als 675 Künstlern.

• **Junge Energie für Europa:** 24. April bis 13. Juni. 6. Europäische Plakatbiennale der Kunst- und Designschulen. Ausstellung von Neuer Kunstkreis e.V. Anklam, MedienGalerie, Dudenstr. 10, 10465 Berlin, www.mediengalerie.org

SEMINARE

• **Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit**, Termin: 26.08.2014 von 9.30 – 16.30 Uhr, ver.di-Landesbezirk Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 3.12. Referenten: Andreas Ulrich, Journalist/Moderator u.a. rbb, Bernd Hubatschek, MKK Consult. Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln sowie in der Praxis anwendbare Beispiele für die Selbstvermarktung zur Diskussion stellen. Es wendet sich vor allem an Journalisten, die den Ein-

stieg in den Markt als Freie vollzogen haben oder das noch wollen, aber auch an Kollegen, die sich ein neues, bisher nicht genutztes Medium erschließen wollen: Kontaktaufbau, Marktbeobachtung und -erschließung, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Marktvorteile durch Gemeinschaftsgründungen.

• **Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler**, Termin: 7.10.2014 von 9.30 – 16.30 Uhr, ver.di-Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 2.12. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult. Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen der freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt. Die Teilnehmer sollen Chancen sowie Risiken einer Selbstständigkeit beurteilen können, Besonderheiten für ihre Berufsgruppen nutzen zu lernen. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidung dienen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld), Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse), betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

WAHLVERSAMMLUNGEN IN DEN FACH- UND PERSONENGRUPPEN SIEHE SEITE 4!

• **Existenzgründung für Einzelunternehmer und Microunternehmen**, Termin: 03.06.2014, 9.30 – 16.30 Uhr, ver.di-Landesbezirk Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 2.12. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult. Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen einer Existenzgründung als freiberuflicher bzw. gewerblicher Einzelunternehmer oder in Kleinunternehmen vermittelt. Die Teilnehmer sollen Chancen und Risiken einer Selbstständigkeit beurteilen können. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidungen dienen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Gründungsplanung und Risikominimierung, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld), Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit, Anmeldeformalia, soziale Absicherung, betriebswirtschaftliche und

steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen, Rechtsformen.

Gebühren pro Seminar: Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 60 Euro. **Anmeldung jeweils:** Tel. 030/88 66 41 06, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str., 30, 10179 Berlin, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de

LITERATUR

Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Umlandstraße (U 15) und vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

SENIOREN

Vorstandssitzung 9. April, Ort: ver.di-Landesbezirk

Querköpfe: Online-Zeitung der ver.di-Senioren unter <http://medien-kunst-industrie.bb.verdi.de/seniorinnen>.

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

• **»Alte-Barden-Runde«:** Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant »Alter Krug«. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

THEATER & BÜHNE

Nächste Vorstandssitzungen 24.3., 15 – 17 Uhr / Raum 3.12, 28.4., 16 – 18 Uhr / Raum 2.12 Ort: Landesbezirk Berlin-Brandenburg

VERSCHIEDENES

Kostenfreier Vorsorgecheck: ver.di-Mitglieder des Landesbezirks Berlin-Brandenburg können einen kostenfreien Vorsorgecheck ihrer Altersvorsorge bei Freiberater Bernd Hubatschek, Medien-Kunst-Kultur Consult in Anspruch nehmen. Schwerpunkt ist die Überprüfung des Standes der Alterssicherung, der Berufsunfähigkeitsabsicherung und der Nutzung von Zuschussmöglichkeiten des Staates (Riester- und Rüruprenten) oder der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Dabei können laufende private Vorsorgeverträge evaluiert, optimiert und Möglichkeiten zur Reduzierung vorhandener Vorsorgelücken besprochen werden. Hubatschek ist Beauftragter des Versorgungswerks der Presse, zu dem sowohl freie als

auch angestellte Kollegen in Medienberufen zugangsberechtigt sind. Er vergleicht bestehende Absicherungen mit den Möglichkeiten der Presseversorgung, erarbeitet Beispielrechnungen und stellt gegebenenfalls Neuansprüche beim Versorgungswerk der Presse. Terminvereinbarungen bei Bernd Hubatschek: Tel. 030-44650810

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag, 17.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Kontakt: Claudia Spreen, Tel.: 030 / 626 62 45, claudia.spreen@verdi-berlin.de und Martin Flamm, martin.flamm@verdi-berlin.de

VERLAGE, DRUCK & PAPIER

Mitgliederoffene Vorstandssitzungen an jedem zweiten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, MedienGalerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Bettina Erdmann, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030 / 61 30 96-63, Fax: 030 / 61 30 96-66.

erdmann@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt.

Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 2/2014 erscheint Ende April 2014
Redaktionsschluss am 18. März 2014**

Zwischenspiel mit Misstönen

Senat korrigierte Rechtsauffassung

Andreas B. (Name geändert) ist Musikschullehrer. Seit mehr als drei Jahrzehnten unterrichtet er Gitarre an einer Berliner Musikschule, betreut ständig etwa 35 Schülerinnen und Schüler. Von diesen Einkünften lebt er. Immer hat er als fest Freier gearbeitet, an seinem Status »arbeitnehmerähnlich« wurde nichts geändert. Dieser sicherte ihm aufgrund des gesetzlichen Urlaubsanspruchs bezahlte Krankheitstage und damit auch das höhere der angesetzten Stundenhonore für freiberufliche Tätigkeit.

Dass Andreas B. im Februar vor drei Jahren 65 wurde, hat er zunächst nicht als Einschnitt registriert. Er wollte ganz normal weiterarbeiten,

KLAMMHEIMLICH DEN STATUS VERLOREN

auch in die Rentenkasse einzahlen, um die erwartbare dürftige Rente aufzubessern. Als ihm – wie stets viele Wochen später – seine Honorarabrechnung vorlag, fiel B. aus allen Wolken. Zwei Wochen Krankheit sollten nicht bezahlt werden, bislang hatte er nach drei Krankheitstagen 80 Prozent seiner Bezüge bekommen. »Klammheimlich« hatte er seinen arbeitnehmerähnlichen Status verloren. Von der Koppelung der Arbeitnehmerähnlichkeit mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hatte er bis dato nichts geahnt. Diese Aberkennung passiere »ganz automatisch« mit Eintritt des Rentenalters und dem Beantragen der Rente, wurde ihm von der Musikschulverwaltung beschieden, und beruhe auf Merkblättern zur Ausführung von Senat und Bezirksamt. Andreas B. hatte mit dieser Vorschrift monatlich 150 Euro weniger auf dem Konto – bei gleicher Leistung unter Verlust seiner Sicherheit im Krankheitsfall. Rente hatte B. noch gar nicht beantragt, holte das aber sofort nach. Seine Rückstufung im beruflichen Alltag einfach hinzunehmen, war er nicht gewillt. Mit Unterstützung von ver.di bat er um Aufklärung.

Eine Anfrage des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf zur Anerkennung der Arbeitnehmerähn-

lichkeit ab dem 65. Lebensjahr bei der damals zuständigen Senatsverwaltung für Inneres und Sport ergab 2009, dass die Eigenschaft als arbeitnehmerähnliche Person dann aberkannt werde, wenn Versicherte Anspruch auf eine gesetzliche Altersrente haben. Man ging davon aus, dass »wirtschaftliche Existenz und sozialer Schutz« durch die Rente gesichert seien. Allerdings habe die Höhe der Rente und die Möglichkeit, davon den Lebensunterhalt bestreiten zu können, keinen Einfluss auf die soziale Schutzwürdigkeit. – Eine in sich widersprüchliche Formulierung, die zu prüfen und korrigieren sei, fand ver.di. Schon lange sei die Feststellung der Arbeitnehmerähnlichkeit bei Rentenempfängern ein Problem, das mit dem Senat bislang nicht geregelt werden konnte, so ver.di Rechtssekretär Steffen Damm. Es sei höchste Zeit für klare Aussagen. Der Fall Andreas B. bot sich an – und der Musikschullehrer war dazu bereit. »Ich will Gleichbehandlung und im Alter nicht schlechter gestellt werden als meine Kolleginnen und Kollegen.«

Denn dass rund 200 Euro gesetzliche Rente bei ihm keinesfalls fürs Leben reichten, lag auf der Hand. Dass B. deshalb weiterarbeiten will, auch. Zudem ist er »mit Leib und Seele Musiklehrer«, wie er sagt, und wurde in seinem Job von der Musikschule »stets fair behandelt«.

Allerdings: Die Antwort auf Schreiben und Anfragen ließ auf sich warten. Andreas B. hielt Amtswege ein, wappnete sich lange mit Geduld. »Doch das Land Berlin trieb ein Versteckspiel, stellte sich taub«, berichtet er. »Das Ganze zog sich über



Straßenmusik als Alternative zur Rentenaufbesserung? Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

ANZEIGE

Kleinere Theaterszene = mehr Kunst.



Lassen Sie sich nichts vormachen. Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2014 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14, Do. 13 – 17 Uhr (bis 28.4. bis 19 Uhr) | www.dju-berlinbb.de

mehr als zwei Jahre hin.« Erst im Klageverfahren gab es in einer ausführlichen Stellungnahme des Bezirksamtes Antworten: Die Arbeitgeberin erkannte die Ansprüche des Musikschullehrers an. Ein Vergleich wurde geschlossen. B. bekommt seine ausgefallenen Bezüge samt Verzugszinsen nachgezahlt. Der »Urlaubs-Zuschlag« für seine Honorare wird wieder gewährt. Und das Wichtigste: Die »Prüfung der Anspruchsvoraus-

setzungen« habe ergeben, dass der Kläger wirtschaftlich abhängig und damit einem Arbeitnehmer vergleichbar sozial schutzbedürftig sei. »Nach Würdigung der vorliegenden höchstrichterlichen Rechtsprechung hält die für diese arbeitsrechtlichen Fragen inzwischen zuständige Senatsverwaltung für Finanzen ihre Rechtsauffassung nicht mehr aufrecht...« heißt es. Das »Merkblatt für freie Mitarbeiter« werde grundlegend überarbeitet und veröffentlicht. Die Musikschulleitungen wurden vom Ausgang des Falles informiert. ver.di hat noch einmal an die Senatsverwaltung für Finanzen geschrieben und das angekündigte überarbeitete Merkblatt für die Musikschulen angemahnt. Künftig soll danach verfahren werden.

Für Musiklehrer Andreas B. ist ein Zwischenspiel mit Misstönen zu Ende. »Und wir hoffen«, so ver.di-Rechtssekretär Damm, »dass es anderen in vergleichbarer Situation damit auch erspart bleibt.«

BETTINA ERDMANN